

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Mark monatlich 50 Pfennig...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Kompositorenzeile kostet 10 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 8. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Beschluß gegen Frankreich.

Für Verminderung der Reparationsschuld.

Paris, 7. Juni. (WTB.) Wie der Vertreter des WTB. in Paris erfährt, hat der Internationale Anleihe-

Paris, 7. Juni. (WTB.) Ministerpräsident Poincaré hat heute vormittag den Finanzminister de Lasteyrie...

Frankreichs Weigerung.

Paris, 7. Juni. (Havas.) Die Reparationskommission hat heute vormittag 11 Uhr eine Sitzung abgehalten...

Im Laufe ihrer heutigen Morgensitzung hat die Reparationskommission eine Entschlieung angenommen...

Der „Temps“ will wissen, daß die Reparationskommission mit drei gegen eine Stimme — Großbritannien, Italien und Belgien gegen Frankreich — dem Internationalen Anleiheauschuss den Auftrag erteilt habe...

Schuldenausgleich.

Die Verhandlungen, die jetzt in Paris geführt werden, können zu dreierlei verschiedenen Ergebnissen führen...

Der Weg ins Freie ist der Weg des allgemeinen Schuldenausgleichs. Würde er zu Ende gegangen, so gäbe es fortan keinen Staat, der mehr äußere Schulden hätte...

Konkreter gesprochen heißt das: Reduzierung der Ententeschulden an Amerika, Reduzierung der deutschen Schulden an die Entente...

Daß die Welt heute schon zu dieser Lösung reif ist, wird selbst ein Optimist nicht annehmen wollen. Dennoch wird mit jedem Tage klarer, daß die innere Logik der Dinge geradezu mit Gewalt nach ihr drängt...

Unter der Herrschaft des Nationalen Blocks möchte Frankreich gern auf zwei Säulen reiten: es möchte militärische Machtpolitik treiben und dabei zugleich auch mit Hilfe der deutschen Wiedergutmachungen seine Finanzen in Ordnung bringen...

Frankreich wünscht dringend, daß die Amerikaner Deutschland möglichst viel Geld borgen möchten, denn das Geld, das Deutschland geliehen wird, soll ja zum größten Teil Frankreich zugute kommen...

Das Interesse Frankreichs an der amerikanischen Anleihe ist also ein Zeichen für das Ueberwiegen der finanzpolitischen Tendenzen. Aber man ist freilich noch nicht so weit, mit dem Zweck zugleich auch schon die Mittel zu wollen...

Also keine Anleihe? Keine deutschen Zahlungen und jurid zur Machtpolitik? Aber der französische Mars zappelt gefangen im Reiz der Entente...

Die Kundgebung in Kassel.

Kassel, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Tag, für den der feige Attentäter auf Wilhelmshöhe Scheidemanns Begräbnis hatte vorbereiten wollen, wurde ein Tag lauten Protestes der republikanischen Bevölkerung...

Für 4 Uhr war von der Sozialdemokratischen Partei eine große Demonstration auf dem Friedrichsplatz einberufen worden. Aus allen Straßen strömten die Jüge auf diesem großen Platz zusammen...

Dann bewegten sich die Massen unter wehenden roten und schwarzrotdorbenen Fahnen zum Rathaus, das ebenfalls im Schmutz der Fahnen der Republik prangte...

Scheidemanns Rede.

Gen. Scheidemann führte aus: Ich sollte heute um diese Stunde eigentlich begraben werden. Mein gutes Herz und meine gesunde Lunge haben es mir aber glücklicherweise möglich gemacht...

den reaktionären Burischen Handhaken anlegen sollte. Diese Anschläge auf Personen wie auf mich wären an sich gleichgültig, sie sind aber in Wirklichkeit gegen die Republik gerichtet...

Minister um seinen Posten. Ich weiß, was für Opfer sie bringen und weiß, wieviel Dank wir ihnen schuldig sind...

wohin mich die Partei ruft.

Kein Posten war mir zu niedrig und keiner zu hoch, auf den mich die Partei rief, weil sie mir Vertrauen schenkte, und das wird so bleiben bis an mein Lebensende...

sich zu einigen, ehe ein Unglück geschieht.

Es ist hier nicht der Ort, die Frage der Einigung zu debattieren, aber ich rate Euch zu überlegen, was der Arbeiterklasse nützt, denn ich bin überzeugt, daß jeder einzelne einsehen lernen muß...

Als das von Scheidemann ausgebrachte und von den Massen stürmisch ausgenommene Hoch verklingen war, gingen sie nach allen Seiten auseinander. Bewundernswert war die ausgeglichene, musterhafte Disziplin während der ganzen Demonstration...

Ein beachtenswertes Dokument.

Unter den zahlreichen Beglückwünschungen, die unserem Genossen Scheidemann zuzingen, verdient besondere Beachtung das nachfolgende Schreiben, dessen Verfasser der Kasseler völksparteiliche Professor Hebel ist...

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Mit Entrüstung habe ich heute morgen von dem Anschlag gelesen, der am ersten Pfingstfeiertage gegen Sie verübt worden ist...

O. Hebel, Stadtverordneter.

Wie stehen doch diese Worte eines Politikers der Rechten von den Äußerungen der „Deutschen Tageszeitung“ ab!

**Kranke Ansehe am Eigensinn des isolierten Frankreich ge-  
scheitert ist! Kann Frankreich marschieren?**

Ein konsequenter Widerstand Frankreichs gegen den Ver-  
such, die Voraussetzungen für eine Ansehe zu schaffen,  
wäre so widersinnig, daß man vielfach an eine solche Absicht  
der französischen Staatsmänner nicht mehr glaubt. Man sieht  
in dem Einspruch Frankreichs gegen die Herabsetzung der deut-  
schen Reparationsschuld nur einen Schachzug, um gleichzeitig  
auch eine Herabsetzung der französischen Schulden an  
Amerika durchzusetzen. So gesehen, erschiene das  
Verhalten Frankreichs einigermassen verständlich. Denn wenn  
erst einmal die deutschen Schulden an die Entente herabgesetzt  
sind, wird es schwieriger sein, auch eine Herabsetzung der fran-  
zösischen (und englischen) Schulden an Amerika zu erreichen.  
Das eigensinnige Beharren Frankreichs auf einer unmöglichen  
Summe der deutschen Reparationen wäre dann ein Mittel,  
mehr um auf die Kläubiger Frankreichs, als auf dessen  
Schuldner einen Druck auszuüben.

So klar der Weg zu erkennen ist, der allein zur Lösung  
des internationalen Finanzproblems führt, so schwierig wird  
die Ausführung sein. Ueber Prinzipien kann man sich ver-  
hältnismäßig leicht einigen, über Prozente dagegen nur sehr  
schwer. Da die internationale Schuldenverflechtung unüber-  
sehbar verwickelt ist, so daß fast jeder jedem etwas schuldet,  
wird ein Schachern und Frachern beginnen, bei dem jeder be-  
strebt sein wird, seine Schulden soweit wie möglich loszu-  
werden und seine Guthaben soweit wie möglich zu behalten.  
Da gibt es keine Lösung ohne das Durchgreifen einer starken  
Autorität. Eines Tages kommt dann das Finanzulti-  
matum Amerikas an Europa.

Zwischen dem Beharren im Unerträglichen und der radi-  
kalen Lösung liegt das Kompromiß, der erste zögernde  
Schritt; aber auch er zieht dann weitere unwillkürlich nach  
sich. Ja, selbst wenn die Pariser Verhandlungen ausgehen  
sollten wie das Hornberger Schießen, werden sie für uns nicht  
ohne Ertrag sein. Denn dann ist erst recht bewiesen, daß es  
wie bisher nicht weitergeht und daß die Revision des Londoner  
Finanzplans kommen muß. Bis dahin werden wir gut tun,  
sein still zu halten und folgerichtig die Politik weiterzutreiben,  
die wir bisher getrieben haben. Wer jetzt noch schreit: „Los  
von der Erfüllungspolitik!“, den soll man in schonender Weise  
auf seinen Geisteszustand untersuchen.

## Wenn es um Gehaltserhöhung geht...

**Der Kgl. Preussische Wirkliche Geheimen Oberregierungsrat**

In der „Voss. Zig.“ vom 3. Juni ist eine Abhandlung mit der  
Ueberschrift „Die Beförderung am Reichsfinanzhof“ erschienen, verfaßt  
und gezeichnet von dem Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat Dr.  
Straß, Senatspräsidenten am Reichsfinanzhof. Herr Dr. Straß  
setzt hier auseinander, daß die Räte und die Senatspräsidenten beim  
Reichsfinanzhof viel zu gering besoldet seien, und verlangt er-  
wünschlich höhere Besoldung, da Herr Dr. Straß selbst einer der  
Senatspräsidenten beim Reichsfinanzhof ist, so wird man ihm  
die Sachkunde in der erörterten Frage nicht absprechen können.  
Auch ist es sehr anzuerkennen, daß er sich die „Vossische Zeitung“  
zu seiner Veröffentlichung ausgesucht hat, und nicht z. B. die  
„Deutsche Tageszeitung“, die „Tägliche Rundschau“ oder die „Kreuz-  
zeitung“. Die demokratische Partei kann sich auf das höchste ge-  
schmeichelt fühlen, daß ein politisch so vollkommen auf dem Boden  
der Rechte stehender Mann wie Herr Dr. Straß sich herabläßt,  
in einer ausgesprochen demokratischen Zeitung seine Wünsche auf ein  
höheres Gehalt auszusprechen. Das nächste Mal wird sicher  
Herr Dr. Straß mit der Anregung zu einer weiteren Gehalts-  
erhöhung an den „Vorwärts“ herantreten. Nur bitten wir dann,  
auch uns, wie seinerzeit bei Zeichnung der Abhandlung in Nr. 24  
der „Preussischen Wochenschrift“ von 1921 (kein Druckfehler statt  
1912) uns die Ehre zu erweisen, daß Herr Dr. Straß, außer des  
Senatspräsidenten am Reichsfinanzhof sich auch noch des „Kgl.“  
Preussischer Wirklicher usw. bezeichnen möge. Diese Bezeichnung

wird es uns bei der sozialdemokratischen Partei zweifellos sehr er-  
leichtern, die Wünsche des Herrn Dr. Straß und seiner Freunde  
durchzusetzen.

Auch ist die Abhandlung in der „Voss. Zig.“ uns doch etwas zu  
farblos. Die Sozialdemokratie wäre sicher viel geneigter, die ver-  
nünftigen republikanischen Wünsche des Herrn Dr. Straß auf recht  
hohes Gehalt zu unterstützen, wenn z. B. die betreffende Abhandlung  
einige Kraftstellen enthielte, die einzufügen Herr Dr. Straß ja doch  
durchaus in der Lage ist. Wir stellen mit Vergnügen fest, daß Herr  
Dr. Straß z. B. in der Abhandlung in Nr. 1 der „Preussischen  
Wochenschrift“ von 1920 auf S. 19 die Welt darüber belehrt hat, daß  
die „bisher prosperierenden Unternehmungen“ ihre „Reserven zur  
Deckung ihrer durch die Unverunst und Uteilstlosigkeit ihrer Arbeiter  
verschuldeten Unterbilanzen“ aufzehren, daß ferner die hochgelohnten  
Arbeiter „mit ihren Mitteln wenig hausvaterlich umgehende“, des  
„Bewußtseins von der Notwendigkeit der Steuerpflicht wie über-  
haupt von staatsbürgerlichen Pflichten mehr oder weniger  
bare Steuerträger“ sind, die mehr wie alle andern Schichten geneigt  
sind, ihnen angekommene Steuern gewalttätig — durch mittels  
Streiks oder Streikdrohungen erpreßte Lohnsteigerungen — auf-  
zuehnen schon weit mehr belastete Schultern zu überwälzen oder  
sich sogar durch Steuerverweigerung zur Wehr zu setzen“. Ferner  
haben wir mit freudiger Genugtuung die Feststellung des Herrn Dr.  
Straß in der schon erwähnten Abhandlung in Heft 24 der „Preussischen  
Wochenschrift“ von 1921 gelesen (S. 1566), daß der Reichstag an  
„Steuertopazitäten so arm ist“, wie es wohl in noch höherem  
Maße höchstens die verfassunggebende Nationalversammlung war,  
und namentlich: „Ist die ganze sozialistische Linke aber ist durch  
Parteiisanktionismus unfähig, Steuerfragen sachlich und gerecht zu be-  
urteilen.“ Die ganze sozialistische Linke, nicht nur die Reichs-  
sozialdemokratie, sondern ebenso die USPD. und die SPD., werden  
selbstverständlich in tieferer Jernrichtung von ihrem Parteiisanktionis-  
mus in Steuerfragen nunmehr schleunigt abgehen, werden verstanden,  
ihre Unfähigkeit abzulegen, und werden Herrn Dr. Straß jede ge-  
wünschte Gehaltserhöhung, selbstverständlich steuerfrei —  
Steuern für diese Gehaltserhöhung werden den hochgelohnten Ar-  
beitern aufzulegen sein — bewilligen.

## Absolutes Kirchenregiment.

Das Verbot des evangelischen Superintendenten Raack an den  
sozialistischen Pfarrer Bleier, außerhalb seiner Gemeinde Vor-  
trüge zu halten, während derselbe Kirchenbeamte einem anderen  
Pfarrer, allerdings einem Abgeordneten der Deutschen Volkspartei,  
Vortragsurlaub nach außerhalb erteilt, ist zum Gegenstand einer  
kleinen Anfrage im Landtage gemacht worden. Da wurde auch ge-  
fragt, ob die von Raack in einem Schreiben geäußerte Behauptung  
nach Ansicht der drei Minister, die nach Artikel 22 der Verfassung zu  
Trägern des Kirchenregiments bestellt sind, mit der Lehre Jesu  
vereinbar sei, ferner, was sie zu tun gedächten, um die Lehre Jesu  
vor ihren Gegnern innerhalb der preussischen Landeskirche zu  
schützen und um auch dem Pfarrer Bleier das ihm in Artikel 118  
der Reichsverfassung gewährte Recht der freien Rei-  
nungsaussprechung und eine gerechte Behandlung durch die Kirchen-  
oberen zu verschaffen.

Darauf erwidert nun Kultusminister Boelck, daß schon am  
24. September 1921, dem Tage des Zusammentritts der verfassung-  
gebenden Kirchenversammlung, das landesherrliche Kirchenregiment  
von den vorläufig zu seinen Trägern bestellten Ministern auf den  
Evangelischen Landeskirchenauschuß übergegangen sei, weshalb er davon abgesehen habe, den genannten Ministern  
die Frage vorzulegen, ob sie sich zu den erwähnten Punkten jetzt  
noch zu äußern wünschten. Zu dem dritten Teil der Anfrage führt  
der Minister folgendes aus:

„Die Entscheidung darüber, ob einem Geistlichen zum Halten  
von Vorträgen außerhalb seiner Gemeinde Urlaub zu gewähren oder  
zu verweigern ist, steht den kirchlichen Behörden zu. Schon  
nach bisherigem preussischen Recht, vollends aber nach Artikel 137  
Abs. 3 der Reichsverfassung ordnet und verwaltet jede Religions-  
gesellschaft ihre Angelegenheiten innerhalb der Schranken des für  
alle geltenden Gesetzes selbständig.“  
Die Reichsverfassung verbürgt aber allen, auch den Pfarrern,  
die freie Meinungsaussprechung!

## Kanzlerrede auf der Katholikenwoche.

Auf der Konstanzer Katholiken Woche hielt Reichskanzler  
Dr. Brüning, den die Versammlung stürmisch begrüßte, eine längere  
Rede. Er betonte, der katholischen Pfingstkonferenz liege der Ge-  
danke fern, irgend jemand verletzen zu wollen. Nur die gemein-  
same Weltanschauung führe die Erschienenen zusammen. Auf  
Genau zurückgreifend erklärte der Kanzler, man dürfe nicht glauben,  
daß nicht auch dort über die Sorgen und Räte des deutschen  
Volkes mit den verschiedenen Staatsmännern gesprochen worden  
sei. Europa müsse wieder Frieden haben. Der Geist, der diesen  
Frieden bringen soll, sei der Geist der Verständigung und der Ver-  
söhnung. Wenn das Schwert noch einmal sprechen sollte, so be-  
deute das den Untergang Europas. Das Deutschland aus all dem  
Zerstörten retten konnte, das solle gepflegt und zum Aufbau benutzt  
werden. Von einem Tag auf den anderen ließen sich aber die  
großen Probleme nicht lösen. Am Schlusse betonte der Reichs-  
kanzler mit starkem Nachdruck den Gedanken der Reichseinheit,  
besonders einer freundlichen Zusammenarbeit mit Bayern. Wie-  
derholt sei er gefragt worden, ob die Deutschen auch zusammenhal-  
ten oder auseinanderfallen werden, und immer wieder habe er be-  
tont, daß Deutschland sich von dem Gedanken der Reichseinheit nicht  
trennen wolle. Nach diesen mit stürmischem und lang anhaltendem  
Beifall begleiteten Ausführungen betonte der bayerische Minister-  
präsident Graf Lerchenfeld ebenfalls die Notwendigkeit einer  
Verständigung und Versöhnung unter den Völkern.

Der Reichskanzler besuchte in Stuttgart und Karlsruhe die  
Staatspräsidenten und Regierungen. Nach Beendigung der Parla-  
mentstagung beabsichtigt der Kanzler sich nach München zu be-  
geben.

## Sozialdemokratie und Kommune.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg veranstaltete  
am 6. Juni eine Konferenz der sozialdemokratischen  
Kommunalpolitiker zur Frage der Stadt- und Gemein-  
deverfassung. Genosse Auslandler als erster Referent schilderte  
das Entstehen der Selbstverwaltung in den Gemeinden nach den  
Steinischen Reformplänen. Unter wiederholten Hinweisen auf die  
längste Tagung des preussischen Städtetages und die dort gefassten  
Beschlüsse, an denen man nicht achtlos vorübergehen kann, behandelte  
Auslandler nunmehr die wichtigsten Paragraphen. Zur Frage der  
Kommunalrats- oder Bürgermeisterverfassung erklärte  
der Redner, daß die Partei das sogenannte Einkammersystem  
fordere. Als Mindestalter zur Erlangung des aktiven Gemein-  
dewahlrechts verlangte er 20 Jahre und nicht, wie das Gesetz vor-  
sieht, 25 Jahre. Die Staatsaufsicht muß auf das allernotwendigste  
Rück beschränkt bleiben und nur Geltung haben, soweit gesetzlich  
Bestimmungen oder Handlungen getätigt werden. Die Landbürger-  
meister seien in einem Teile Preussens bereits vorhanden  
und sollen nun scheinbar auf das gesamte Freistaatgebiet aus-  
gedehnt werden. Wir werden, falls diese Bestimmungen in der  
vorliegenden Form Gesetz werden sollten, mit etwa 4000 Land-  
bürgermeistern zu rechnen haben, was eine kolossale Belastung  
für die Landgemeinden bedeuten würde und untragbar ist. Die  
Auflösung der Gutsbezirke ist im § 133 ausgesprochen, doch sind  
auch hier Ausnahmen zulässig.

Genosse Bürgermeister Paul Hiesch sagte als zweiter Referent,  
wenn die Unabhängigen und Kommunisten jetzt den Genossen  
Severing als Innenminister für diese Verfassungsentwürfe ver-  
antwortlich machen wollen und ihn als Reaktionsär verzeichnen, so  
ist denen zu antworten, daß sie es waren, die in der Preus-  
sischen Landesversammlung immer und immer wieder die Auf-  
lösung und Umwälzung forderten und somit den Rechts-  
parteiern, den Feinden jeglichen Fortschritts in die Hände ar-  
beiten. Unsere Partei hat bei diesen Forderungen immer wieder  
betont, daß eine Auflösung so lange nicht in Frage kommen kann,  
so lange diese wichtigen Verfassungsorgane — Gemeinde-, Städte-,  
Kreis-, Provinz- — nicht verabschiedet sind. Dem gemeinsamen  
Drängen derer von ganz rechts und ganz links mußte stattgegeben  
werden; jetzt sehen wir die Erfolge.

Nach einer ausgiebigen Debatte und kurzen Schlussworten der  
Referenten wurde darauf nachstehende Resolution einstimmig an-  
genommen:

„Die in Berlin tagende Konferenz sozialdemokratischer Ge-  
meinderäte der Provinz Brandenburg bringt ihre  
schwere Enttäuschung über die Reformentwürfe zur Stadt- und  
Landgemeindeordnung zum Ausdruck. Die Entwürfe bedeuten  
nicht den Beginn eine Reform der inneren Verwaltung Preus-

## Maria Montessori spricht.

Die italienische Pädagogin auf dem Mainzer Kulturkongress.

Der dritte Tag des Mainzer Kongresses „Mensch-  
bildung und Lebensgestaltung“ führt zur Höhe weltweiter  
Menschenschau. Zum erstenmal nach dem Krieg spricht in Deutsch-  
land die größte Pädagogin seit den Tagen Rousseaus und Pestalozzis,  
Dr. Maria Montessori-Rom. In ihrem schlichten schwarzen  
Kleide steht die würdige Matrone ergrauten Haars vor der hundert-  
köpfigen gedrängten Menge, noch heute den Glanz südländischer Schö-  
nheit im leuchtenden Auge, in sprühender Rede, in edler tempera-  
mentvoller Gestik verrätend. In anderthalbstündiger italienischer  
Rede, verdolmetscht durch ihre gekraute Schülerin Fräulein Dohs,  
entwirft sie die Leitgedanken ihres Erziehungssystems.

Gott schuf den Menschen ihm zum Bilde, zum Bilde Gottes  
schuf er ihn — mit diesem ewigen Grundgesetz aller Menschenwürde  
leuchte sie das Fundament aller neuen Erziehung, die es nun abseht,  
Kindererziehung nach dem verzerrten Bilde menschlicher Unvollkommen-  
heit nachzupressen. Es handelt sich nicht um intellektuelle Um-  
lernung, es handelt sich um völlige geistige Umstellung.  
Die Seele muß frei werden von allen Schlägen, muß rein dastehen,  
müß „entwerden“, wie die deutschen Meister sagen, um dem Leben  
dienen zu können. Der Lehrer muß sich selber vernichten, um Diener  
des kommenden Lebens im Kinde zu sein.

Wir können nur der eigenen Kraft, der Selbstentwicklung  
des Kindes helfen, wir müssen es tun, indem wir die ange-  
messene Umgebung schaffen. Nicht um lernen zu machen, son-  
dern um leben zu lassen, sei die Schule der Zukunft bereitet.

Sie schildert die Einrichtung einer kindgemäßen Schule (wie  
sie etwa in dem einzigen öffentlichen Montessori-Kinderergarten  
Deutschlands in Berlin-Vontholz haben, den Dr. Ostrowski führt),  
sie proklamiert den Grundgedanke dieser Schule: Kein Kind besitze  
etwas zu eigen, kein Spielzeug, keinen Namen, alles gehöre  
jedem. Jede Beschäftigung in dem von Frau Montessori erdachten  
Spielzeug ist nur einmal vorhanden, die Kinder müssen austauschen,  
lernen Rücksicht nehmen, sich einpassen. Das Leben erzieht sie, nicht  
der Lehrer. Alles vollzieht sich gründlich; spontane Entwicklung  
geordneter Aktivität. Kein Lehrer stößt die Kinder auf Aufgaben,  
sie suchen in ihrer Tätigkeit, Arbeit erblickt als schönste und reinste  
Funktion des menschlichen Lebens. In der freudigen Einwirkung  
in alle praktische Arbeit reift die Brüderlichkeit der Menschheit, reife  
innere Unerschütterlichkeit polarer Harmonie im Menschen. Lassen  
wir dem Kinde die Ruhe zum Eigenwachstum, wie überraschend  
stark und wie wunderbar es sich entwickelt, es all seine Kräfte, befaßt  
schon mit fünf, mit sieben Jahren manchen Erwachsenen.

Diese Erziehungsaufgabe bedarf einer neuen Generation  
der Erzieher nach dem Worte der Bibel: Wer unter euch der  
erste sein will, der sei der Diener aller.

Nicht isoliert-egoistische Einzelkräfte entwickeln wir so, sondern  
den einzelnen stets im Kreise der Gemeinschaft. Maria  
Montessori weist hin, wie in allen Ländern, in Spanien und Italien,  
in England und Japan, in Indien in diesem Geiste gearbeitet wird:  
Lieblich und edel ist das deutsche Kind, lieblich und edel das Kind  
jedes Volkes. Kein Kind eines Volkes ist nach dem Befehle des

Lebens zur Dienstbarkeit oder zur Knechtschaft bestimmt: Laßt uns  
die brüderliche Gemeinschaft der Menschheit erbauen!

Draufender Beifall ehrete die edle Ränderin wahrhaft mens-  
chlicher Würde.

## Lied eines deutschen Republikaners an seinen Sohn.

Ja, wir haben ohne Zweifel  
Endlich eine Republik,  
Von der Antike bis zur Eifel  
Und vom Wahnwitz bis nach Wyl.  
Über richtig überlegend,  
Sieht sogar der Dämon ein,  
Solches scheint in mancher Gegend  
Nicht recht bekannt zu sein.  
Uns're Fahne, nicht du wissen,  
Trägt die Farben Schwarz-Rot-Gold;  
Doch von vielen wird beflissen  
Stets noch Schwarz-weiß-rot entrollt.  
Wasst dagegen du zu mucken,  
Kennst man's Landesfriedensbruch,  
Schwarz-Rot-Gold darfst du bespudden,  
So was rügt kein Richterpruch.

Doch des großen Werkes Krönung  
Ist die Reichswehr, lieber Sohn!  
Sie erhält nicht bloß die Ehre,  
Sondern auch die Tradition.  
Starkt ein Gefürst, steht Spallier sie  
Und verknallt den letzten Gruß.  
Lobt ein Rechtsputz, finden wir sie  
Bestenfalls Gewehr bei Fuß.

Ja, von Mecklenburg bis Bagern  
Haben wir die Republik,  
Und wir pflegen sie zu feiern  
Mit viel Stolz und Wehmüß.  
Was das Herz nur kann verlangen,  
Haben wir, an nichts gebriht's —  
Aber leider — anzufangen  
Wissen wir damit noch nichts.

Peter Michel.

Ein technisch-wirtschaftlicher Eisenbahnfilm. Technischer Fort-  
schritt im Eisenbahnbau! Ein so umfassender Begriff, daß sich dar-  
über nur der Fachmann ein zutreffendes Bild macht. Was aber  
unseren Bahnen nützt, das kommt nicht nur den Angestellten, son-  
dern auch den Reisenden, jedem Güterverkehrsfrachter und — jedem  
Steuerzahler! Daher ist auch in allen Kreisen Interesse für den  
Fortschritt unseres Verkehrsnetzes vorhanden. Soweit der wichtigste  
technische Fortschritt unserer Tage im Bahnbau in Frage kommt,  
kann jetzt allen das technische Verständnis erschlossen werden — durch  
den Film. Das lebende Lichtbild ist dazu ausersehen worden, den  
großen Fortschritt, der durch die Einführung der Künze-Knor-  
Bremse jetzt erzielt wird, in allgemeinverständlicher Weise allen  
Schichten des Volkes zugänglich zu machen. Der Anlaß zu diesen  
Aufnahmen, bei denen eine neuartige Technik des Triebfilms zur Ver-

anschaulichung von Arbeitsvorgängen ausfindig gemacht wurde, war  
die Münchener Gewerbechau.

Der Betrachter des Verkehrsfilms sieht zunächst eine Der-  
stellung der Bremse und bekommt die Bremsausrichtung der Lokomo-  
tive vorgeführt. Selbst der Laie, der nach der Besichtigung eines  
solchen Bildstreifens eine Lokomotive betrachtet, wird technischen Ein-  
richtungen mit größerem Verständnis als bisher gegenübersehen.  
Das Verstehen technischer Vorgänge mit wirtschaftlichen Zusammen-  
hängen wird durch das Kinetogramm stufenweise in geradezu idealer  
Form geweckt. Da wird zunächst die durchgehende Bremse an einem  
Güterwagen, dann die Wirkungsweise der Bremsausrichtung, nun  
das stufenweise Anziehen und Lösen, sowie schließlich die Voll-  
bremsung bei beladenen Güterwagen demonstriert.

Die Schwierigkeiten der Fernsichtbildung technischer Vorgänge  
sind bei diesem Eisenbahnfilm dadurch behoben, daß die Wirkungs-  
weise der Luftdruckbremse durch kleine Pfeile drastisch veranschaulicht  
wird, die in den Leitungen und Zylindern dahineilen. Keine Angst  
also, daß ein solcher Film ermüdend wirkt! Wenn die Pfeile wie  
die Heineymännchen nach den verschiedenen Stellungen des Steuer-  
ventils ihren Weg nehmen und schließlich von vorn oder hinten  
gegen den Kolben wirken, dann wird das Publikum wirklich auf an-  
genehme Weise belehrt.

Weiter zeigt uns das lebende Lichtbild die Praxis des  
Bahnbetriebes. Wir sehen die Umständlichkeit der Zusammen-  
stellung eines Güterzuges mit Handbremse alter Art im Vergleich  
zur Luftdruckbremse. Die Wichtigkeit des technischen Fortschritts  
seiner wirtschaftlichen Auswertung erkennen wir an der Vorführung  
eines Güterzuges von 150 Achsen mit der neuen  
Bremse auf der Fahrt im Gefälle von 1:30. Lautete  
bisher ein Hindernis auf, so war bei den Handbremsen die schnelle  
Stilllegung des Güterzuges auf der Strecke schwierig. Der Film  
zeigt den Bremsweg eines gewöhnlichen Zuges von 52 Achsen im  
Verhältnis zur Schnelligkeit der Stilllegung des Zuges von 150 Achsen,  
der mit der durchgehenden Bremse ausgerüstet ist.

Allerdings, die dem Dichter idyllische Figur des Bremserz ver-  
schwindet durch diese deutsche Erfindung. Aber dieser Posten war  
dem Eisenbahnschaffmann seit jeder eine Schwäche seines technischen  
Systems. Dafür bringt uns dieser technische Fortschritt größere  
Betriebsicherheit, leichteren Dienst für das Personal  
und jährlich Millionen Ersparnisse! P. M. G.

Neue Berliner Theaterprojekte. Es ist wieder einmal eine  
Gründermanie ausgebrochen. Sozusagen eine Direktorialippe. Ob  
diese Grippe alle werdenden Direktoren auch zur Krippe führen  
wird, das wird der Herbst und Winter lehren. Denn im Herbst  
sollen ja die vielen geplanten Gründungen bereits ins Leben getreten  
sein. Die Gründerepidemie tritt diesmal einseitig auf, sie befaßt  
nur Leute, die mit Theater und Film etwas zu tun haben. Theodor  
Lager, ein begabter Bühnenschriftsteller, eröffnet in unmittel-  
barer Nähe des Zoologischen Gartens — diese Gegend entwickelt sich  
langsam zum theatralischen Zentrum Berlins — bereits im Oktober  
eine etwa fünfzehntausend Personen fassende „Kamelienschänke“, auf  
der er das seine literarisch nicht allzu sehr exponierende Lust-  
spiel pflegen will. Der frühere Direktor der Laubentischspiele,  
Klopfer, baut am Kurfürstendam ein mit aller Pracht aus-  
stattetes Filmaufführungstheater. Heinz Goldberg, vormals Di-

gens im Sinne einer Demokratisierung, wie sie durch die Reichs- und Landesverfassung anerkannt wurde. Durch die Aufrechterhaltung der Grundzüge des Obrigkeitsstaates in den Entwürfen wird die Schaffensfreude und das Verantwortlichkeitsgefühl der kritischen Volkserörterungen untergraben.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird aufgefordert, anzuführen:

- eine einheitliche Gemeindeordnung für Stadt und Land,
- ein Einkammersystem, d. h. weder Magistrats- noch Bürgermeistereisystem, sondern Wahl des Vorstandes der Gemeindevertretung aus deren Mitte; der Gemeindevorstand soll ausführendes Organ der Gemeindevertretung sein,
- klare Regelung der Staatsaufsicht; und deren Begrenzung auf das notwendige Maß und Abschaffung des Besichtigungsrechtes, keine Beschränkung der Selbstverwaltung durch Spezialgesetze und Verwaltungsvollmacht, Beanstandung von Gemeindebeschlüssen nur, wenn die Befehle verletzt werden,
- Aufstellung eines Programms über die gesamte Verwaltungsreform.

## Kahr-Interpellation in München.

Die U.S.P. hat im bayerischen Landtag eine Interpellation eingebracht, in der es heißt: „Der von der Republik besetzte Regierungspräsident von Oberbayern v. Kahr hielt jüngst in einer Versammlung eine Rede, in der er unverhüllt zur Wiedereinführung der Monarchie aufgefordert hat. Unter den Zuhörern haben sich Minister des Freistaates Bayern befunden, die nach den Zeitungsberichten gegen das monarchistische Bekenntnis des Herrn Dr. Kahr Einspruch nicht erhoben haben. Gedenkt die Regierung gegen die monarchistische Propaganda v. Kahrs etwas zu unternehmen? Sind die freistaatlichen Minister nicht der Meinung, daß es für sie nicht schädlich ist, ohne Widerspruch an monarchistischen Kundgebungen teilzunehmen?“

Die Antwort dieser Freistaats-Minister müßte förmlich mit einem Hoch auf den König schließen, wenn sie aufrichtig reden.

## Mordanklage gegen Krull.

### Will die Justiz endlich zugreifen?

Gegen das von der 3. Strafkammer des Landgerichts II ergangene Urteil gegen den Leinwandfabrikanten A. D. Krull wegen des Diebstahls an der Uhr und an Papieren der Genossin Rosa Luxemburg hat Rechtsanwalt Bahn Revision eingelegt. Auch Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortman hat bezüglich des mit angeklagten Leinwandfabrikanten A. D. Krull von dem Rechtsmittel der Revision Gebrauch gemacht. Krull ist bekanntlich zu 3 Monaten Gefängnis, Krull zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortman hat ferner, wie er in der Hauptverhandlung schon angekündigt hat, den Antrag gestellt, die Untersuchung gegen Krull wegen Verdachts der Ermordung der Genossin Luxemburg wieder aufzunehmen. Die Voruntersuchung führt Landgerichtsrat Seiden.

## Oberschlesiens Uebergabe.

Paris, 7. Juni. (Havas.) Die heute vormittag um Quai d'Orsay abgehaltene Botschafterkonferenz hat die letzten Beschlüsse festgelegt, die der internationalen Kommission für Oberschlesien übermittelt werden sollen. Sie beziehen sich auf die Räumung der Abstimmungszone nach Uebergabe der Verwaltung an die neuen Behörden.

## Ein obererschlesischer Jugendring.

Reuthe, 7. Juni. (D.L.) Alle bedeutenden deutschen Jugendbünde Oberschlesiens haben sich zu einem obererschlesischen Jugendring zusammengeschlossen, welchem die Burgruine Tost von ihrem Besitzer kostenlos zur Verfügung gestellt wurde. Der völlige Ausbau der Burg zur Wanderherberge der Jugendbünde wird etwa eine Million Mark kosten, zu deren Beschaffung auch die Ausgabe von Burgnotgeld geplant ist. Als Mitteilungsblatt des obererschlesischen Jugendringes sollen die „Burgblätter“ zusammen mit der Halbmonatsschrift „Der Oberschlesier“ herausgegeben werden.

Rektor des neuen Volkstheaters, gründet mit dem bekannten Theaterfachmann Berich eine neue Bühne. Ein großer Filmkonzern will im Herbst ein neues Lichtspiel-Kraufführungshaus eröffnen, die Berliner Russen tragen sich mit dem Gedanken, neben den bestehenden Kabarets russischen Zuschnitts ein eigenes russisches Theater im Westen zu bauen, und ein skandinavisches Konjunktium will einen großen Saal mieten, ihn bürogemäß umbauen und dort das nordische Drama kultivieren.

Für die Masse der Theaterhungrigen wird dabei leider wenig herauspringen.

**Eine Fabrik rednerischer Bedarfsartikel.** Der Glaube, daß alle Amerikaner in jedem Augenblick bereit sind, über einen beliebigen Gegenstand eine Rede zu halten, hat jetzt eine heftige Erschütterung erfahren. In Harrisburg hat sich eine „Gesellschaft für öffentliche Redner“ gebildet, die sich durch Rundschreiben erhebt, jedem, der zu seinen eigenen rednerischen Fähigkeiten kein Vertrauen hat, 200 ausgearbeitete Reden von je 1000 Worten für alle passenden Gelegenheiten zu liefern. Viele dieser Reden behandeln ein Thema von allgemeinem Charakter, wie beispielsweise: „Jeder Mann ist seines Glückes Schmied“, „Die Lüge zum Erfolge trägt die Aufschrift: Mach auf!“, „Amerika, die Hoffnung der Welt“. Manche der in dem Katalog aufgeführten Reden beziehen sich aber auch auf besondere, oft wiederkehrende Gelegenheiten. So findet man in der Liste die Einweihungsrede für einen Klub, einen Toast, den man beim Bankett eines Vereins hält, die Ansprache, mit der sich ein Bürgermeister beim Scheiden aus seinem Amt verabschiedet, die Ansprache der Präsidentin eines Frauenklubs und eine Rede, mit der man die Ueberreichung einer goldenen Uhr begleitet. Die einzelne Rede wird für den Preis von 1,25 Dollar geliefert, bei Großbezug tritt aber eine starke Preisermäßigung ein, so daß man für 100 auf einmal bezogene Reden nur 5 Dollar zu bezahlen hat. Mit den 220 im Katalog aufgeführten Reden ist aber die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft nicht erschöpft; sie übernimmt es vielmehr auch, innerhalb von 24 Stunden nach Empfang des Auftrages besondere Reden nach jedem gegebenen Thema zu liefern. Die Reden werden auf starkem weichen Papier gedruckt, in einem Format, das es gestattet, sie in der Tasche zu tragen und unauffällig in der Öffentlichkeit zu Rate zu ziehen. „Denken Sie daran,“ heißt es am Schlusse des Rundschreibens, „daß Sie mit 100 unserer Reden in Ihrem Gemeinwesen eine führende Persönlichkeit sein können.“

**Die künftigen Volkskonzerte des Bläser-Orchesters** beginnen Dienstag, den 18., abends 8 Uhr, in den Germania-Sälen, Gohrdammstraße 110/11, unter Leitung von Camillo Hilsebrand. Karten ab Freitag bei Groll, Engelster 15, Vordamm 2, Vordamm 2, Groll, Dammstraße 5, Orchesterbureau Köpenicker 76 und an der Abendkasse.

**Der wackelige Kandidat.** Trotz aller seiner Mißhefte der letzten Jahre ist Kabinen-Kandidat auf seinem kleinen Expeditionschiff in Seattle (an der Nordwestküste der Vereinigten Staaten) zu seiner auf 7 Jahre berechneten Dienstzeit nach dem nördlichen Ozean in See gestiegen.

**Der neue Somet-Skizzen** ist jetzt auch auf verschiedenen deutschen Steinwerken beobachtet worden. Seine Heißigkeit entspricht etwa der Heißigkeit eines Sterns erster Größe. Die Verdichtung nach der Mitte zu ist so gering, daß sie kaum erkannt werden kann. Nach der nachfolgenden Berechnung seiner Bahn hat er seine Sommernähe etwa am 20. Mai überschritten.

## Nachklänge zum Sechenbach-Prozess.

Wir erhielten folgende Zuschriften:

Sehr geehrte Redaktion!

In der Nummer Ihres geschätzten Blattes vom 20. März d. J. erhebt der Rezensent meines Buches „Kaiserliche Katastrophenpolitik“ gegen meine Behauptung, daß bestimmte deutsche Kriegsdokumente in der amtlichen Sammlung (den sogenannten Kautsky-Dokumenten) fehlen, Einwendungen, auf die ich jetzt erwidern möchte, weil gewisse autoritative Feststellungen im Sechenbach-Prozess vor dem Münchener Schöffengericht die Unrichtigkeit dieser Einwendungen erwiesen haben.

Ich hatte in meinem Buch u. a. auf das Fehlen eines „Verweises“ aufmerksam gemacht, den der deutsche Botschafter in Wien, Herr v. Tschirschky, in den ersten Tagen des Monats Juli 1914 wegen seiner bis dahin „launen“ Haltung gegenüber den Kriegsplänen des Grafen Berchtold, zufolge der österreichischen Kriegsdo-

## Genossinnen und Genossen!

Der Mordmord geht um in Deutschland und spahrt nach immer neuen Opfern. Er legt Revolver und Handgranate nur ab, um zum Giftgas zu greifen. Er arbeitet mit den modernsten Kriegsmitteln, um die Republik und die Arbeiterklasse ihrer Führer zu berauben.

Der lächerliche Anschlag auf unseren Genossen Scheidemann ist mißlungen. Aber der Haß, der sich gegen diesen Mann und gegen unsere Partei richtet, lebt fort und gibt seine Ziele der gewalttätigen Vernichtung nicht auf. Er wird täglich geschürt von der reaktionären Presse, die alle Schandthaten ihrer Anhänger als Belanglosigkeiten hinstellt, ihren politischen Charakter bestreitet, statt die Verfolgung der Mordgesellen zu unterstützen, diese in Schutz nimmt, die freventlich Ueberfallenen aber verhöhnt und beschimpft.

Die Entartung des politischen Kampfes bis zum Mordanschlag auf politische Gegner ist die schlimmste „nationale Schmach“, die das deutsche Volk bisher erlebt hat. Aber Kreise, die sich selber als Hüter der deutschen Volkseehre preisen, haben für diese Schmach kein Gefühl.

Genossinnen und Genossen, mit Versammlungen allein, in denen sich die gerechte Empörung entläßt, ist es nicht getan! Eure Aufgabe ist es, den leidenschaftlichen moralischen Protest gegen solche ungeheuerlichen Zustände in alle Kreise der Bevölkerung zu tragen. Bekennet Euch, wo Ihr seid, laut als Genossen derer, die die dechnationale Hege mit ihren lächerlichen Mordwerkzeugen verfolgt. Nur das Erwachen einer lebendigen Volksstimmung, die in allen Gesprächen des Tages millionenfach widerhallt, kann jene Elemente, die selber nur an Gewalt glauben, zu der Erkenntnis bringen, daß die Republik kein wehrloses Spielzeug ist.

Genossinnen und Genossen, nehmt den Kampf auf! Macht die Sozialdemokratie so stark, daß kein Mordbube mehr es wagt, sich an einem der Ihren zu vergreifen!

Es lebe die Sozialdemokratie! Es lebe die Republik!

Der Bezirksvorstand der SPD. Groß-Berlins.

mente, vom Berliner Auswärtigen Amt oder dem deutschen Kaiser erhalten haben muß. Ihr Herr Rezensent entgegnet, daß dieser „Verweis“ Herrn v. Tschirschky vermutlich in einem Privatbrief erteilt worden ist und deswegen in den amtlichen Akten nicht enthalten ist.

Im Sechenbach-Prozess hat aber der frühere Legationssekretär der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, Freiherr v. Soden, ausgesagt, daß solche amtlichen Privatbriefe den amtlichen Berichten vollständig gleichgehalten und ebenso wie diese unter den amtlichen Akten verwahrt wurden. In der Tat sind auch in der in Frage stehenden Sammlung der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ verschiedene solcher Privatbriefe (z. B. Briefwechsel zwischen Lichnowsky und Jagow, auch zwischen Tschirschky und Jagow, mit Ansprachen wie „Lieber Freund!“) aufgenommen. Wenn also selbst der „Verweis“ an Herrn v. Tschirschky, wie Ihr Herr Rezensent annimmt, in die Form eines solchen Privatbriefes gekleidet worden wäre, müßte er sich in den Akten dargefinden haben.

Wenn aber dieser Verweis in den Akten des Berliner Auswärtigen Amtes nicht vorkommt, so gibt eine andere authentische Feststellung im Münchener Prozess auch dafür eine Erklärung. Im Prozess hat der Archivar des bayerischen Ministeriums des Auswärtigen, Staatsrat v. Böhm, mitgeteilt, daß er bei Ausbruch der Revolution drei kompromittierende Kriegsdokumente, die sich auf die Vorgänge vor dem Ultimatum bezogen haben, habe vernichten lassen. Es ist anzunehmen, daß man auch im Berliner Auswärtigen Amt und im Wiener Ministerium des Auswärtigen ähnlich vorgegangen ist, und so mögen jene deutschen und österreichischen Kriegsdokumente (darunter auch der „Verweis“ an Herrn v. Tschirschky) verschwunden sein, von denen ich in meinem Buch nachgewiesen zu haben glaube, daß sie existiert haben müssen, die aber tatsächlich in den offiziellen deutschen und österreichischen Aktenansammlungen fehlen.

Wenn schließlich Ihr Herr Rezensent dagegen Einsprache erhebt, daß die deutsche Aktenansammlung in ihrer Bedeutung herabgesetzt werde, so bin ich der Letzte, den ein solcher Vorwurf treffen kann. Ich habe vielmehr in meinem Buch meine Darstellung des unmittelbaren Ursprungs des Weltkriegs ausschließlich auf die deutsche (und österreichische) Aktenansammlung aufgebaut, und es gibt in der ganzen internationalen Kriegsliteratur kein Buch, das diese Aktenansammlung so eingehend ausgenutzt hat wie das meinige. In der Vorrede zu meinem Buch habe ich auch die Vorzüge der Aktenansammlung der Mittelmächte vor den von den meisten anderen Kriegsschriftstellern verarbeiteten Kriegsdokumenten der Entente-mächte gebührend hervorgehoben.

Indem ich Ihnen für die Aufnahme dieser Entgegnung im voraus bestens danke, zeichne ich hochachtungsvoll Ihre ergebener Dr. Heinrich Kanner - Wien.

Sehr geehrte Schriftleitung,

ich ersuche um gefälligen Abdruck folgender Berichtigung: In Ihrer Nummer vom 3. Mai 1922 heißt es unter der Ueberschrift „Der Dokumentenprozess“: „Professor Fischer war jedoch so ehrlich, anzuerkennen, daß ein Prozess wegen „Fälschung“ des ersten deutschen Weisbuches ganz anders verlaufen wäre, wie der Eisner-Prozess. Er sagt: „Ich halte es für möglich, daß ein Prozeßgegner Behmanns wegen Fälschung des leitenden Staatsmannes verurteilt worden wäre, trotz Befingens seines Wahrheitsbeweises. Man hätte in diesem Falle gesagt: „Der leitende Staatsmann hat mit Rücksicht auf die „nationale Sicherheit“ Nachrichten unterdrückt, die eine Schwächung des Siegeswillens zur Folge gehabt hätten.“

Indem ich zunächst feststelle, daß ich nicht Professor bin, mich vielmehr von meiner Privatdozentur an der Berliner Universität im Jahre 1913 freiwillig trennte, weil ich im Banne der Grundzüge, die damals galten, nicht förderlich wirken zu können glaubte, erkläre ich zum Schluß der Ausführungen, die Sie mir zuschreiben,

folgendes: Während die anderen Herren Sachverständigen die Grenze zwischen Fälschung und Nichtfälschung im allgemeinen so zogen, daß eine Fälschung dann vorliege, wenn ein Aktenstück so verläßt sei, daß wesentliche Teile seines Inhaltes ausfielen, stellte ich mich auf den Standpunkt, daß Verfälschung von Aktenstücken unanfechtbar sei, wenn Ausführungen, die der Verfasser des Aktenstückes wahrheitswidrig und um den Leser zu täuschen, gemacht habe, weggelassen würden. Ich konstruierte das Beispiel, daß die französische Regierung in einer Note an die deutsche Behauptungen über die französische Politik aufgestellt hätte, die wahrheitswidrig und nur auf Täuschung der deutschen Regierung oder der später mit dem Aktenstück bekanntzumachenden Deffenlichkeit berechnet gewesen wären. Ich sagte, wenn angesichts der Auslösung solcher Abschnitte in einem deutschen Weisbuch jemand den Reichskanzler der Fälschung beschuldigt hätte, so könnte ich mir denken, daß das Gericht den Mann wegen Fälschung verurteilte. Dem jedem leitenden Staatsmanne müsse das Recht zustehen, unwahre Angaben in Schriftstücken, die nur geeignet wären, das eigene Volk zu täuschen und in seinem guten Glauben zu lähmen, bei der Veröffentlichung auszuschneiden. Ich fuhr fort, daß auch Eisner ein berechtigt gewesen wäre, die Mitteilungen des Schönfälscher Berichts über den Willen der deutschen Regierung zur Lokalisierung des Krieges wegzulassen, wenn die deutsche Regierung diese ihre Absicht nur vorgelegt, nur zur Täuschung der deutschen und ausländischen Deffenlichkeit fundgegeben hätte. Ich sagte, daß ich nicht bezweifle, daß Eisner an den Willen der deutschen Regierung zur Lokalisierung des Krieges nicht geglaubt habe, sich also nach meiner Meinung zur Weglassung der Abschnitte, die er ausließ, berechtigt fühlen durfte, und daß man ihm nicht vorwerfen kann, er habe mit Willen und Absicht gefälscht. Sein Unglück war, fuhr ich fort, daß er sich über die deutsche Regierung von 1914 täuschte. Diese wollte wirklich den Krieg lokalisieren. Indem also Eisner die Abschnitte über die Lokalisierung wegließ, nahm er dem Dokument ein Stück Wahrheit, ja das Wichtigste, und seine Arbeit wurde wider seinen Willen zur Fälschung. Ich erklärte, daß ich für die Frage nach dem Vorliegen einer Fälschung nicht den Willen und Glauben des verletzenden Bearbeiters, sondern das Verhältnis seiner Verletzung zur wahren Meinung des Verfassers eines Aktenstückes und zum Tatbestand selbst für entscheidend halte. Daß Eisner fälschte, war sein Schicksal, nicht sein Wille. Davon, daß ich Fälschungen aus nationalem Interesse als erlaubt hingestellt hätte, kann keine Rede sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergebene

H. Eugen Fischer,  
Sekretär und Sachverständiger im Untersuchungsausschuß des Reichstags.

## Amerikas Pazifismus.

### Eine Rede Childs.

Rom, 7. Juni. (W.L.) Bei Gelegenheit der Einweihung des erweiterten Hafens von Palermo hielt der amerikanische Botschafter in Rom, Child, in Anwesenheit des Königs eine Rede, in der er u. a. sagte:

Worte werden die Welt nicht zu gesunden Zuständen zurückführen. Wir müssen uns auf die Verwirklichung und Vervollkommenung durch die Völker verlassen, die gemeinsam nach Frieden, Abrüstung und ausgehenden freundschaftlichen Beziehungen verlangen, die ihren Ausdruck in gemeinsam unternommener Arbeit finden. Es ist oft gesagt worden, daß Amerika sich nicht von Europa abschließen kann, aber Amerika kann und will abgeschlossen bleiben von den zerstörerischen Mächten, wo sie auch immer auftreten und unter welcher politischer Maske sie erscheinen mögen. Diese Art der Isolierung ist nicht nur für Amerika gut. Lassen Sie mich daran erinnern, daß, wenn Amerika der Welt etwas zu bieten hat, das Beste, was ihm zur Verfügung steht, die Macht ist, die gegen zerstörerische Kräfte gebraucht werden kann. Und die Macht muß unverehrt erhalten werden, um die wahre aufbauende Tätigkeit der Menschheit zu unterstützen. Diese aufbauende Tätigkeit der Welt kann in freundschaftlichen Abmachungen von Nation zu Nation zum Ausdruck kommen, aber sie muß über geschriebene Verträge hinausgehoben werden.

Child spielt mit folgenden Worten auch auf die Verhandlungen des internationalen Anleiheauschusses an: Regierungen und Banken mögen Verhandlungen führen. Aber wie die Dinge heute liegen, muß in jedem Lande der Welt, das in einem anderen Lande Kapital anlegt, das Volk, der einzelne bereit sein, ausländische Papiere zu kaufen. Die Frage ist heute weniger eine staatsmännische. Die Frage ist vielmehr, wie die Kapitalbesitzer zu gewinnen und zu überzeugen sind. Es ist nicht allein erforderlich, daß führende Persönlichkeiten über die Verwirklichung internationaler Zusammenarbeit verhandeln, es ist auch nötig, daß das Volk in einem Staate an die Redlichkeit einer anderen Nationen und an ihren Fleiß glaubt, wenn es die von ausländischen Regierungen oder ausländischen Unternehmungen angebotenen Schuldverschreibungen kaufen soll.

## Ransens Hilfswerk.

Berlin, 7. Juni. (W.L.) Ransen hat von seinem Arbeitsauschuß in Rostau, dem auch der Delegierte des Deutschen Roten Kreuzes angehört, einen genauen Bericht über die Mengen von Lebensmitteln erhalten, die durch die internationale Hilfsaktion nach Rußland gebracht sind.

43 250 Tonnen sind durch die Häfen an der Ostsee oder am Schwarzen Meer und auf der Eisenbahn angekommen. 21 105 Tonnen sind unmittelbar durch die Internationale Kinderhilfe nach Saratow gebracht, 9557 Tonnen durch die englischen Quäker nach Buzuluk, wo 250- bis 300 000 Hungernde gespeist werden, 3706 Tonnen durch das Schwedische Rote Kreuz, das im Gouvernement Saratow hilft.

22 145 Tonnen sind von Dr. Ransen den verschiedenen ihm angefallenen Missionen zugeteilt worden. Außer Gegenden von Saratow, Buzuluk und Samara empfangen die Gouvernements Tscheljabinsk und Jarazin, ferner die südliche Ukraine eine leider noch immer völlig unzureichende Unterstützung.

Durch das Deutsche Rote Kreuz sind weitere 1000 Tonnen Lebensmittel entweder schon verteilt oder auf den Weg gebracht. Alle Transporte treffen planmäßig am Bestimmungsort ein.

## Stichwahlen in Ungarn.

Budapest, 7. Juni. (D.L.) Während der Pfingstferietage wurden in Ungarn die Stichwahlen abgehalten. Sie brachten der Regierungspartei 30 und der Opposition 6 Mandate. Das Wahlergebnis in Budapest ist noch nicht bekannt, doch haben nach den bisherigen Zählungsergebnissen die Sozialdemokraten und die Liberalen die meisten Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt. Da alle Wahlen in größter Ruhe abgelaufen sind, wurde von seiten der Regierung die militärische und politische Bereitschaft, die nicht ein einziges Mal eingreifen mußte, vollständig zurückgezogen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Kommunistische Phantasien.

Die „Rote Fahne“ beschäftigt sich in ihrer Morgenausgabe vom Mittwoch mit den Metallarbeiterkämpfen in England, der Tschechoslowakei, Italien und Frankreich. Ein französisches Sprichwort sagt, wer von weit herkommt hat leichtes Leben. Nach diesem Rezept verfährt das von Moskau geführte Blatt. Es veröffentlicht eine angeblich aus London stammende „Reidung“ folgenden Inhalts: Nach einem vielwöchentlichen, mit größter Ausdauer geführten Streik teilen die englischen Metallarbeiter das Schicksal der Eisenbahner und Bergleute. Die Gewerkschaftsbürokratie ließ die Metallarbeiter in isolierten Streiks sich verbünden, und hat währenddessen jede Erweiterung der Kampffront zu verhindern gemocht. Ebenso raffiniert nutzte man die gewerkschaftliche Zersplitterung innerhalb der englischen Metallarbeiter aus. Man isolierte den aktivsten Teil der Metallarbeiter, den Maschinenbauerverband. Man brachte ein Abkommen zwischen den anderen Metallgewerkschaften und den Unternehmern zustande, und ließ müssen auch die Maschinenbauer, total abgemüht und völlig isoliert, nachgeben.

Folgt das übliche Geschimpfe auf die Amsterdamer Internationale. Diese „Reidung“ zeigt, mit welcher Leichtfertigkeit in der „Roten Fahne“ angebliche Meldungen fabriziert werden. Auf den ersten Blick erkennt man, daß diese angebliche Londoner Meldung in Germany ist. Jedes Kind in England weiß, daß es sich bei dem Kampf nicht um einen Streik, sondern um eine Absperrung handelt. Auf der gleichen Höhe steht das Gerede von „Isolierten Streiks“ und von der Isolierung des Maschinenbauerverbandes. Umgekehrt ist es die Maschinenbauer, die mit Zweidrittelmehrheit die Bedingungen der Unternehmer annahmen, während die Eisengießer und Kesselarbeiter sie ablehnten.

Ebenso phantasiebegabt zeigt sich die „Rote Fahne“ bei der Besprechung der anderen Kämpfe. Im einzelnen alle die bewußten und unbewußten Lügen zu widerlegen, dazu reicht der Raum des „Vorwärts“ nicht aus. Wir stellen nur mit Befriedigung den Berger der Moskowiter fest, daß ihre Brüder außerhalb Deutschlands ebenso wenig zu sagen haben wie bei uns. Doch unsere Feststellungen über die wirklichen Zustände im Sowjetparadies die „Rote Fahne“ besonders ärgert, beweist nur, daß wir sie an der empfindlichen Stelle trafen. Daß es sich um Laischen handelt, wagt selbst die „Rote Fahne“ nicht zu leugnen. Schuld an diesen Laischen sind aber, nach dem Moskauer Blatt, nicht etwa die seit fünf Jahren über das unglückliche Rußland herrschenden Bolschewiken, sondern die von ihnen verfolgten Menschewiken, Sozialrevolutionäre usw. Das Eingeständnis, daß die Bolschewiken „Konzeptionen an das Privatkapital“ machten, ist zu vermerken. Daß aber erst seit dem Arbeitslosigkeit besteht, ist Blödsinn. Der beste Beweis ist die Entvölkerung der Städte, besonders der Industriestädte, als Sowjetrußland „nach rein kommunistischen Grundgesetzen“ regiert wurde.

## Die Mantelstariffrage im Ruhrbergbau.

Die kürzlich beendeten, überaus schwierigen Schiedsgerichtsverhandlungen über den Ruhrstrik haben die schon seit längerer Zeit bestehende Beunruhigung der Bergarbeiter nicht zu vermindern vermocht. Der Schiedsspruch bleibt in wesentlichen Punkten hinter den berechtigten Wünschen der Arbeiter zurück und kann so nicht als eine brauchbare Einigungsgrundlage betrachtet werden. Eine in diesen Tagen stattgefundene Konferenz des Gesamtverbandes des Bergbauverbandes der Bergarbeiter Deutschlands unter Hinzuziehung der Bezirksleiter des Ruhrreviers nahm dazu folgende Entschliessung an: „Die Konferenz ist nicht in der Lage, den in der Mantelstariffrage gefällten Schiedsspruch der Revierkonferenz zur Annahme zu empfehlen.“

Wie wir weiter erfahren, fanden in letzter Woche in Berlin Verhandlungen in der Lohnfrage statt, die in dieser Woche in Essen fortgesetzt werden sollen. Gleichzeitig wird über die durch den Schiedsspruch noch strittig gebliebenen Fragen des Mantelstarifes sowie über die Richtlinien zum Betriebsrätegesetz erneut verhandelt werden.

## Holzarbeiterstreik im Rheinland.

Die Holzarbeiter von Rhenit, Bieren und 16 weiteren Städten in Rheinland-Westfalen und Lippe sind am Dienstag wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten; insgesamt mehr als 20.000 Holzarbeiter. Die Arbeitgeber der betreffenden Städte sind einem am Freitag in Düsseldorf zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getroffenen Abkommen für die Bezirke Bonn, Köln und Düsseldorf nicht beigetreten. Nach diesem Abkommen erhöht sich der Stundenlohn ab 30. Mai um 2,50 M., ab 15. Juni um weitere 1,50 M. und ab 22. Juni abermals um 1,00 M. Die Streikenden wollen die Arbeit erst dann wieder aufnehmen, wenn das Düsseldorfer Abkommen auch für ihren Bezirk anerkannt wird.

## Aus dem Reiche Hugo Stinnes.

Zu unserer Veröffentlichung in Nr. 258 des „Vorwärts“ spricht uns ein Angestellter der Firma seinen Dank aus, da sie zur Folge gehabt habe, „daß noch am gleichen Tage eine Wirtschaftsbefehle in Höhe des sonst kläglichen Monatsgehältes zur Auszahlung an alle Angestellten gelangte“. Der Betreffende, der seit 1 1/2 Jahren bei der Firma beschäftigt ist, hat zwar im „Vorwärts“ bei dieser Gelegenheit etwas von der Existenz eines Betriebsrats der Firma gelesen, zweifelt aber daran, da er samt seinen Abteilungscollegen, die bis zu 2 Jahren im Geschäft sind, keinen Betriebsrat kennt. Das im Verborgenen blühende Völschen von Betriebsrat müsse wohl von Herrn Winoux im stillen Verein mit den Direktoren gewahrt sein. „Wir sind in der Potsdamer Str. 75 bei der Firma H. Stinnes G. m. b. H. etwa 100, bei „Dinos“ 40, „Telos“ 30 und Ber. Berl. Kohlenhändler 60 Angestellte (diese Firmen sind zwar

selbständig, stehen aber unter der Leitung des Herrn Winoux). Nur die Koholot A. G. zählt — zum Teil wenigstens — Tarifgehälter. Offenbar haben gleich uns auch die gefürchteten Angestellten von einem Betriebsrat nichts gewußt, da sie ihn sonst angerufen hätten.“ — Wie aus dem Bericht in Nr. 258 hervorgeht, hat der Betriebsrat auf ein Einspruchsrecht gegenüber den notwendigen Entlassungen verzichtet, so daß in solchen Fällen nur die Anrufung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin in Frage kommt.

Vor dem großen Winoux herrscht eine abergläubische Furcht. Wer mit ihm zusammengerät, der fliegt. Selbst Tüchtigkeit oder gar Vertrauen läßt das Herrenprinzip nicht erschüttern. Wer gar Inbezug nimmt oder das Wort Tarifvertrag ausspricht, der hat ... ein rotes Tuch hingeworfen. Wenn trotzdem die Sage geht, bei Stinnes werde viel verdient, so beruht das auf vergangenen Zeiten. Im vorigen Jahre gab es nämlich drei Monate hintereinander je ein Monatsgehalt extra als Wirtschaftsbefehle, dazu ein solches als Weihnachtsgratifikation, so daß auf diese Weise die Tariffähigkeit überschritten wurden. Doch seit Beginn dieses Jahres bis heute habe ich trotz der Wirtschaftsbefehle das Tarifeinkommen nicht erreicht, obwohl ich das höchste Gehalt mit beziehe. Für die Kaufleute, deren Tarife niedriger sind, sieht es günstiger aus; deswegen bleiben sie still und hoffen, daß es weiter willfährlich und öfter Wirtschaftsbefehle geben wird. In der Abneigung gegen tarifliche Gehaltsregelung liegt Methode. Außerdem fehlt nämlich jeder rechtliche Anspruch auf die Zulagen. Wer also gegen den Stachel löst, wer sich auf den Achtstundentag versteht oder sich sonst „nicht gut beträgt“, den hat Herr Winoux am Gängelband der Wirtschaftsbefehle. Der Erfolg ist, daß bei dem künftigen Dalles zu Hause und der Hoffnung auf eine Wirtschaftsbefehle zu Ultimo jeder der Willfährigste und abends der Letzte sein möchte, um ja recht sicher in Günst zu stehen.

Vor Erscheinen des Artikels im „Vorwärts“, also bevor wir unser Pfingstgedel bekamen, waren wir uns in der Abteilung klar, daß etwas geschehen müsse, denn das Gehalt betrug nicht ganz 50 Proz. vom Tarif. Heute, nach dem „Pfingstgedel“, ist alles wieder zufrieden und arbeitet weiter.

In Wülheim a. S., wo Herr Stinnes persönlich fungiert, gab es pünktlich Geld und auch reichlicher. Es kam vor, daß die Anweisung zur Auszahlung von dort vier Wochen im Kalten des Generaldirektors Winoux liegen blieb, so daß sogar die Abteilungsleiter anfangen zu hungern...

Die Gehaltsfrage ist für jeden Angestellten als Grundlage seiner Existenz am wichtigsten. Zugegeben. Wenn es darf sich einzeln und allein auch um die Gehaltsfrage nicht alles drehen. Sonst dürfte ein Unternehmer seinen Angestellten nur ab und zu — wie in unserem Falle — eine „Beihilfe“ aus dem vordem zu wenig gezahlten Gehalt machen und am Ende noch ein paar Papiermark zulegen, um sich die Angestellten als Sklaven zu halten. Auch die Angestellten solcher Betriebe müssen ihre Zeit begreifen, ihre Rechte kennen und sie gebrauchen lernen. Dann wissen sie auch, daß sie einen Betriebsrat haben, einen wirklichen Betriebsrat, der nicht solche „Punkte“ apponiert, wie sie die von uns veröffentlichte Vereinbarung enthielt.

## Tagung der Gewerksvereine (S. V.).

Zur Arbeitslosenversicherung nahm der Verbandstag eine von Schumacher-Berlin befürwortete Entschliessung an, in der die möglichst baldige gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung gefordert, der veröffentlichte Referententwurf trotz mancher Mängel als eine geeignete Grundlage bezeichnet und verlangt wird, daß die Arbeitslosenversicherung auf möglichst weite Kreise, insbesondere auch auf die Hausangestellten, Seesleute, die landwirtschaftlichen und auf die unständig beschäftigten Arbeiter ausgedehnt wird.

Den Bericht über die Tätigkeit der Gewerksvereine und des Verbandes seit dem letzten Verbandstage erstattete Verbandsschreiber Reustedt-Berlin. Er gab einen Überblick über die wirtschaftspolitische Entwicklung der letzten drei Jahre im allgemeinen und der Sozialgesetzgebung im besonderen. An der Ausgestaltung der sozialen Fürsorge unter der sozialen Gesetzgebung hätten sich die Gewerksvereine erfolgreich betätigt; insbesondere in der Frage des Arbeitsschutzes, der Schlichtungsordnung und des Arbeitsrechts. Auch im Reichswirtschaftsrat habe sich ihren Vertretern ein Feld reichlicher Betätigung geboten. Den Sozialisierungsbestrebungen seien die Gewerksvereine im Interesse der Gesundung unserer Wirtschaft entgegengetreten. Bei den Betriebsratswahlen hätten die Gewerksvereine ansehnliche Erfolge erzielt. Die Betriebsräte seien ein geeignetes Mittel zu der notwendigen Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die gesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge seien in vieler Hinsicht noch unzureichend. Die günstige Konjunktur für ein Vorwärtsschreiten der Sozialpolitik scheine jetzt leider vorüber zu sein. Ein Ausbau der sozialen Fürsorge in zureichendem Maße sei nur möglich durch eine ungenügende Begrenzung der Reparationslasten. Die Gewerksvereine seien zur Mitarbeit am Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs bereit, doch dürfe diese Leistung nicht von der Arbeiterschaft allein durchgeführt werden. Auf jeden Fall müßten Reparationsgewinne ausgeschüttet werden. Der Verband habe sich günstig entwickelt und zähle über 200.000 Mitglieder. Die Entwicklung des Verbandes habe unter dem Terror linksradikaler Elemente vielfach gelitten, obwohl sich alle gewerkschaftlichen Spitzenverbände wiederholt gegen jeden Terror ausgesprochen haben. Die Abtrennung Oberschlesiens habe einen Mitgliederverlust für den Verband zur Folge gehabt.

In der Frage der Einheitsorganisation stimmte der Verbandstag einer vom Verbandsvorsitzenden Harimann befürworteten Entschliessung zu, in der ein festerer Zusammenschluß berufserwandter Gewerksvereine für beachtlich erklärt wird. Die Art dieses Zusammenschlusses soll jedoch weiteren Beratungen und Erhebungen vorbehalten bleiben.

Zum Achtstundentag wurden zwei Entschliessungen vorgelegt. Die der Redaktionskommission erklärt, daß grundsätzlich an dem Achtstundentag festgehalten wird, und spricht die Erwartung aus, daß die deutschen Arbeiter innerhalb der achtstündigen Arbeits-

zeit alles tun, um die Leistung zu heben, während von den Arbeitgebern verlangt wird, daß sie durch technische Verbesserungen der Betriebsmittel die Produktion nach Kräften steigern. Die Betriebsräte sollen auf die Durchführung solcher Verbesserungen hinwirken.

Diese klare und deutliche Erklärung für den Achtstundentag gefiel dem Referenten Herrn Schumacher nicht. Er brachte nochmals eine Resolution ein, die seinen verworfenen Standpunkt etwas mehr zu veranschaulichen sucht. Und diese Entschliessung wurde denn auch gegen wenige Stimmen angenommen. Sie stimmt in ihrem ersten Teil mit der vorstehenden Entschliessung überein und fährt dann fort:

„Die Vertreter des Gewerkschaftsrings in den Parlamenten werden ersucht, dahin zu wirken, daß die im Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vorgesehenen Ausnahmen nicht in einzelnen gesetzlich festgelegt werden. Dieses muß der tariflichen Regelung zwischen den beteiligten wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorbehalten werden, weil die Beteiligten die wirtschaftlichen Notwendigkeiten besser übersehen können und eine zweckmäßigere Regelung finden werden.“

Verband der Sattler-, Kopfleger- und Portefeulter. Sitzung, Vertrauensmännerrat. Heute 5 Uhr allgemeine Vertrauensmännerratssitzung bei Wille, Seebahnstr. 29. Jeder Betrieb muß vertreten sein! — Portefeulter! Freitag 7 Uhr Brauereisitzung bei Docter, Weberstr. 17, Bericht von den Reichs-

Verband der Schuhmacher und Kopflegerarbeiter. Abm., Koppen-, Gelanterie- und Lederwarenindustrie. Heute 10 Uhr im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 25, Vertrauensmännerratssitzung. Berichterstatter von den Lohnverhandlungen in Nürnberg. Jede Werkstatt muß unbedingt vertreten sein! — Freitag 7 Uhr bei Docter, Weberstr. 17, allgemeine Vertrauensmännerratssitzung mit den Sattlern und Portefeultern zusammen. Berichterstatter von den Lohnverhandlungen in Nürnberg. Das Erscheinen eines jeden Einzelnen ist unbedingt erforderlich!

Verband der Metzger- und Staatsarbeiter. Freitag 5 Uhr im Direktionsgebäude, Klosterstr. 10, Versammlung der Brande Wasserwerke Groß-Berlins. — Samstag 9, Lebensmittelindustrie. Freitag 7 Uhr bei Docter, Weberstr. 17 (Heiner Sohl), Lohnverhandlung. Aufstellung der Delegierten zum Verbandstag.

Volksfürsorge. Allgemeine Funktionsversammlung Freitag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 25, Coal 1. Die Angestelltenversicherung.

## Verbandstag der Schuhmacher.

Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands hält am 11. Juni und folgende Tage seinen 19. ordentlichen Verbandstag in München ab. In zwei sehr reichen Jahrbüchern erstattet der Vorstand Bericht über die seit dem letzten Verbandstag abgelaufenen beiden Geschäftsjahre und legt dar, wie nach der allgemeinen wirtschaftlichen Krise aus 1920, die in der Schuhindustrie geradezu verheerend wirkte, gegen Ende dieses Jahres wieder eine bessere Konjunktur einsetzte, die sich von Monat zu Monat steigerte und dort zu einer Hochkonjunktur führte, wie man sie kaum jemals kennen lernte. Das in der Schuhindustrie angelegte Kapital ist überall riesenhaft erhöht; Riesensummen sind besonders an neuem Aktienkapital aufgenommen. Und überall erschallt der Ruf nach gesteigerter Produktion, überall wird mit Hochdruck gearbeitet. Während im Sommer 1920 ein Drittel der Verbandsmitglieder voll, ein Drittel verkürzt, ein Drittel völlig arbeitslos war, verzeichnete der Verband am 1. März d. J. nur 1,7 Proz. der Mitglieder als arbeitslos, und diese geringe Ziffer dürfte zum größten Teil auf das Schuhmacherhandwerk entfallen. In den Schuhfabriken dagegen werden vielfach Ueberstunden verlangt und leider auch geleistet, ein Verfahren, das dem Achtstundentag, den Unternehmern obneben ein Grauel, und den sie so schnell wie möglich beseitigen möchten, nicht förderlich ist. Der Vorstand legt dar, daß die Leistung in der Schuhindustrie im allgemeinen gestiegen ist. Es gibt Großbetriebe, wo heute bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit und weit geringerer Arbeiterzahl mehr geleistet wird als früher bei neunstündiger Arbeitszeit und höherer Arbeiterzahl. In der Schuhindustrie im allgemeinen ist die Höhe der Produktion vor dem Kriege nicht nur erreicht, sondern schon überschritten. Die Ursache der jetzigen hohen Produktion ist allerdings das Salutarium. Unseren billigen Marktstand nutzt das Ausland aus: es kauft billig von uns, wir exportieren. Ueber kurz oder lang werde dieses auf einer ungelungen Grundlage erwachsene Industrierisikieren zusammenbrechen.

Für die gesamte Schuhindustrie besteht seit 1918 ein Reichstarifvertrag. Wiederholt wurden durch Zusatzvertrag Lohnverbesserungen erreicht, die in ganz Deutschland verbindlich sind. Interessant ist, was der Vorstand über das Verhältnis der Lohnsteigerungen zu den Preissteigerungen für Schuhwaren ausführt. In der Öffentlichkeit ist viel davon die Rede, daß an der Verteuerung der Schuhwaren die hohen Arbeitslöhne die Schuld tragen. In Wirklichkeit dürften sich die heutigen Lohnkosten für ein Paar Schuhe auf 25-30 M. belaufen. Da will es nicht viel sagen, wenn diese Kosten sich durch eine Lohnsteigerung um 3 M. steigern. Die Preissteigerungen für Schuhwaren haben ihre Hauptursache in der außerordentlichen Verteuerung des Rohmaterials. Hinzu kommen die erhöhten Frachten, Steuern, Portofachse usw. Solange das Urprodukt, die Rohhaut nicht billiger wird, ist an eine Verrückung der Schuhwaren nicht zu denken.

Unter der Gunst der guten Konjunktur machte der Verband den Mitgliedererwerb des Jahres 1920 nicht nur weit, sondern überschritt die im ersten Quartal 1920 schon einmal erreichte Zahl von 100.000 um 9000. Zu Ende des ersten Quartals hatte der Verband 109.087 Mitglieder, darunter 47.724 weibliche. Das Verbandsvermögen, zu Ende 1920 4.493.499 M., betrug im ersten Quartal 1922 14.594.443 M. Trotzdem wird das Streben nach weiterer Stärkung des Kampffonds eine Hauptfrage bilden, die der Verbandstag zu lösen hat. Denn es wird damit gerechnet, daß an Zukunftskämpfen Jehnlaufende beteiligt sein können. Der Vorstand, von dem Grundsatze ausgehend, daß als Wochenbeitrag ein Stundenlohn gezahlt werde, strebt danach, eine Form zu finden, wonach bei Lohnsteigerungen automatisch auch zugleich eine Beitragsanpassung erfolgt.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Röhls, Berlin-Charlottenberg; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, Lindenstr. 2. Preis: eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“.



Lepziger Str.  
Alexanderplatz  
Frankfurter  
Allee

Lepziger Str.  
Alexanderplatz  
Frankfurter  
Allee

## Waschstoffe

- Sportflanell für Blusen und Oberhemden 45<sup>00</sup> Meter
- Waschkrepon in verschiedenen Farben 48<sup>50</sup> Meter
- Weiss Voll-Voile doppeltbreit ..Meter 135<sup>00</sup>
- Frotté weissbunt, 120 cm breit ..... Meter 140<sup>00</sup>
- Voll-Voile bunt bedruckt, doppeltbreit, Meter 145<sup>00</sup>
- Weiss Schleierstoff weiss gestickt, ca 115 cm br., Mtr. 165<sup>00</sup>

- Geschirrtücher rot kariert, kräftige Qualität, Grösse 50x50..... Stück 22<sup>50</sup>
- Küchenhandtücher Gerstenkorn, mit roter Kante, Grösse 45x100..... Stück 29<sup>50</sup>
- Stubenhandtücher Drell, Gr. 42x100, Stück 45<sup>00</sup>
- Poliertücher gelb, welches Gewebe ..... Stück 6<sup>75</sup>
- Garten- und Balkondecken bunt gewebt, Grösse 110x110 ..... Stück 79<sup>50</sup>
- Garten- und Balkondecken bunt gewebt, Grösse 110x150..... Stück 95<sup>00</sup>

## Wäschestoffe

- Hemdentuch ca. 80 cm .....Meter 31<sup>50</sup>
- Renforcé für Leibwäsche, ca. 80 cm, Meter 39<sup>50</sup>
- Linon für Bettwäsche, ca. 80 cm breit ...Meter 35<sup>00</sup>
- Linon gute Qualität, ca. 80 cm breit ...Meter 45<sup>00</sup>
- Linon für Bettwäsche, ca. 130 cm breit ..Meter 69<sup>00</sup>
- Mako für Leibwäsche, 80 cm breit.....Meter 83<sup>00</sup>
- Daulas für Bettdecken, ca. 150 cm breit, Meter 95<sup>00</sup>

Korbseesse! verschiedene Formen .. 365<sup>00</sup>

Kinder-Klappwagen auf Gummi, Nickelschleber, geschloss., Wachsdruck, ausgedilgten 1195<sup>00</sup>

Wulstseessel hell und dunkel .... 425<sup>00</sup>

Durch Groß-Berlin.

Das Wald- und Industriegebiet im Norden. — Der 20. Bezirk (Reinickendorf).

VII.\*

Der in der Reihenfolge letzte und damit als 20. bezeichnete der Groß-Berliner Verwaltungsbezirke ist der Bezirk Reinickendorf, der ebenso wie der 19. (Pankow) sich aus einer großen Anzahl ehemals selbständiger Landgemeinden und Gutsbezirke zusammensetzt.

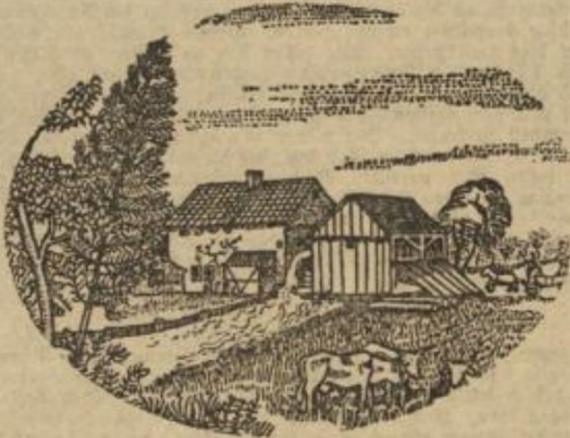
Stadt und Land.

Die Haus- und Grundbesitzer bzw. die alteingesessenen Landwirte gaben in diesen Gemeinden, die wie Wittenau, Heiligensee und Lübars auch heute noch äußerlich vollkommen den Charakter des märkischen Dorfes gewahrt haben, den Ausschlag. Nur in Reinickendorf und Tegel mit ihrer starken Arbeiterbevölkerung machten sich die Ansätze des modernen Kommunallebens stärker bemerkbar.

platz des Bezirks Reinickendorf entstehen, der nahezu 9 Hektar umfassen soll. Der Bezirk braucht diesen Platz dringend, denn dieser Bezirk hat den größten Kinderreichtum in ganz Berlin aufzuweisen.

Rund um Tegel.

Tegel selbst ist wahrscheinlich von allen diesen im 20. Bezirk vereinigten Ortschaften den Berlinern am besten bekannt. Es ist aber nicht allein der prachtvolle 418 Hektar große See, mit der in ganz Berlin einzigartig schönen Seeserpromenade, die dem Ort an jener Stelle ein seebädnerisches Gepräge gibt und das beliebte Freibad, es ist auch nicht das reizvolle Schloßchen der Humboldts, das für Berlin und seine Kulturgeschichte das ist, was das Goethe-Haus für Weimar ist.



weges Berlin-Stettin und der Industriebahn Tegel-Friedrichsfelde ist, so ergibt sich schon hieraus seine gewaltige wirtschaftliche Bedeutung. Die am Mühlentisch liegende und von ihm mit Kraft gespeiste Humboldt-Mühle liegt an derselben Stelle, an der sich schon vor Jahrhunderten eine bekannte Wassermühle befand, von der unser heutiges Bild eine Wiedergabe ist.

An der nördlichen Grenze.

Mit kräftiger Schwemung nach Osten gelangen wir über die Kremmener Bahn und die Schulzendorfer Chaussee in die zu Hermsdorf gehörige Tegeler Forst, die mit ihrer fast durchweg hügeligen Lage und ihren von reichem Unterholz durchsetzten Baumbeständen den überfrohen Augen ohne Zweifel die prächtigsten Waldbilder in ganz Groß-Berlin darbietet.

hen Tegel und Hermsdorf am Fiech liegt die bekannte Kolonie Freie Scholle, eine der ersten Berliner Arbeitergenossenschafts-Siedlungen, deren Haupt lange Gustav Landauer war. Auf der Rückfahrt von Hermsdorf sieht man im Osten auf der Höhe einer Bodenwelle die anmutig wirkenden Heimstättenhäuser von Lübars.

Schon dieser flüchtige Gang allein hat gezeigt, wie viele verschiedenartige wirtschaftliche Elemente in diesem Bezirk vereinigt sind, und die Männer und Frauen, die als erwählte Vertreter der arbeitenden Bevölkerung dort draußen tätig sind, haben Arbeit in Hülle und Fülle. Das wichtigste aber scheint doch die beschleunigt zu erfolgende Bebauung der riesigen Freiflächen zwischen Tegel und Reinickendorf und die unbedingte Erhaltung der jetzt noch vorhandenen Wälder zu sein.

Zeitungsnot und Leseshallen.

Man wird sich der Zeit erinnern, als man täglich für einen Sechser oder höchstens für einen Groschen fünfzig und mehr Zeitungen lesen konnte. Schon am frühen Morgen waren die zahlreichen privaten Berliner Leseshallen, meist in kleinen Bädern oder Kellern belegen und mit Zeitungsverkäufen verbunden, von Stellungsuchenden überfüllt. Sie hatten es nur auf die Inserate abgesehen, durchstöberten die Spalten in fliegender Hast und stürzten eifrigst davon, wenn etwas für sie Passendes, das Aussicht auf Brot bot, entdeckt war.

Entschwundene Zeiten! Die Leseshallen sind bis auf ganz wenige, die noch unter Opfern von amtlichen oder gemeinnützigen Stellen unterhalten werden, dank dem Papierwucher sämtlich eingegangen. Es war nicht mehr möglich, den Lesebetrieb aufrechtzuerhalten, selbst wenn man die Lesergebühr auf das Zehnfache erhöhte hätte. Wer heute aus Notwendigkeitsgründen viele Zeitungen lesen will, muß in ein größeres Café gehen und statt des früheren Sechser 4-5 M. für die Woche anlegen.

Das Spiel mit dem Leben des Nächsten.

Wieder einmal die „ungeladene“ Pistole.

Das unvorsichtige Umgehen mit Selbstadepistolen fordert trotz aller Warnungen und harter Bestrafungen immer weitere Opfer. Gestern hatte sich das Schöffengericht Berlin-Weidling wieder einmal mit einem derartigen traurigen Vorkommnis zu befassen. Wegen fahrlässiger Tötung war der Schankwirt Fritz Frahm angeklagt. Der Verkauf der Verhandlung ererbte wieder einmal die alte Forderung, daß man eine Schußwaffe unter keinen Umständen auf einen anderen Menschen anlegen soll.

Am 21. Dezember 1920 kam in dem Lokal des Angeklagten in der Rasplaqueistraße das Gespräch auf Schusswaffen, und als einer der Gäste den Wunsch äußerte, eine Schusswaffe zu besitzen, holte er eine Selbstadepistole hervor, welche ihm vor längerer Zeit ein Gast für die Zechschuld verpfändet hatte. In angeheiterter Stimmung machte er mit der Waffe allerlei Unfug, spannte sie, legte sie an die Schläfe und drückte ab, um auf diese eigenartige Weise zu

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

Die Tür öffnete sich, ein schlanker, junger Mann stand, das Monokel ins Auge geklemmt, wartend da, so lange verharrend, bis der Präsekt das telephonische Gespräch beendet hatte.

„Lieber Herr Kommissär,“ wendete Tudolin sich an ihn, „ich wollte Ihnen nur mitteilen, daß Sie eingetretener Umstände halber die Verfolgung der Falschmünzerbande Draganescu allein übernehmen müssen, da ich von einer anderen Affäre vollkommen in Anspruch genommen bin...“

Darstellerin ist sie gewesen! Leider war sie nie bei mir engagiert, die verehrte gnädige Frau!

„Vor elf Jahren haben wir geheiratet, und da hat sie natürlich der Bühne Valet sagen müssen, was ihr wirklich nicht leicht gefallen ist... Aber einmal ist sie mit Albert Reuß zusammen engagiert gewesen... oft hat sie mir davon und von den besonderen Talenten dieses Mannes erzählt! Er soll, nach allem, was ich auch von anderer Seite gehört habe, ein sehr bedeutender Künstler gewesen sein!“

„Ein Genie war er... ist er hoffentlich noch!“ Und darum wollte meine Frau durchaus, daß ich sie ins Theater begleitete... Den Willen habe ich ihr zwar getan — aber Reuß habe ich nun doch nicht zu sehen bekommen! Dabei hat meine Frau sich ganz fürchterlich aufgeregt, so daß sie beinahe ohnmächtig geworden ist, nachdem Sie, Herr Regisseur, dem Publikum Ihre Mitteilung gemacht haben... Ich habe große Mühe gehabt, um sie zu beruhigen... Dann mußte ich sie nach Hause schaffen lassen, ehe ich den Lokalausschein vornehmen konnte. Herr Juschkewitsch... Sie waren doch der diensthabende Kommissär im Theater... Haben Sie keine Vorsicht außer acht gelassen?“

„Nicht die geringste, Herr Präsekt...“ „Eines steht immerhin fest, meine Herren: ein interessanter, ein hochinteressanter Fall!“

„Den wir vorläufig bloß noch nicht tragisch nehmen müssen,“ sagte Regisseur Vater.

„Ich bin nämlich noch immer der Ansicht...“ „Da bin ich aber neugierig...“ rief der Präsekt, der die Arme vor der Brust gekreuzt hatte.

„Ich bin nämlich der Ansicht, die ich schon einmal vor Herrn Direktor Weißwasser geäußert habe,“ wiederholte Vater eigenfönnig, „daß Reuß über kurz oder lang wieder zum Vorschein kommen wird, aber er nur in einem trassen Anfall von Plagsucht die Furcht ergriffen hat...“

„Was berechtigt Sie zu solcher Annahme?“ fragte der Präsekt lauernd.

„Erfiens gehören solche Fälle beim Theater nicht gerade zu den Seltenheiten, zweitens hat Reuß während der Probe heute vormittag auf mich keineswegs den Eindruck eines gesunden Menschen gemacht...“

„Ich kann Ihnen leider nicht beipflichten, mein lieber Herr Regisseur,“ sagte der Präsekt in sehr bestimmtem Ton. „Ihre Erfahrung wie auch Ihre schätzenswerte persönliche Anschauung

in Ehren — aber Sie befinden sich auf dem Holzweg, wenn Sie den Fall Reuß so formlos nehmen wollen. Das ist er nämlich nach meiner Meinung ganz und gar nicht. Für mich sprechen so und so viele Anzeichen, die ich typisch nennen möchte, unzweifelhaft dafür, daß der Vermißte einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist!“

„Entsetzlich...“ murmelte der Theaterdirektor. „In meinem Hause...“

„Und zwar scheint ein Raubmord vorzuliegen.“ „Ich bin ganz der Meinung des Herrn Präsekten,“ fügte der Kommissär hinzu.

„Der Künstler ist allein in seiner Garderobe gewesen; nachdem er schon die Kleider gewechselt hat, ist der räuberische Ueberfall geschehen...“

„Wenn der verdammte Bobrow ihn nur nicht allein gelassen hätte!“ klagte der Theaterdirektor.

„Wer ist Bobrow?“ fragte der Präsekt.

„Der Ankleider.“

„Kennen Sie den Mann?“

„Ich denke...“

„Russe?“

Direktor Weißwasser verneinte. „Lette!“ rief er.

„Wie lange im Hause?“

„Zwei Jahre, wenn ich nicht irre.“

„Und dieser Bobrow hätte Herrn Reuß bedienen sollen?“

„Ihn allein; er hat ihn jedoch verlassen, um einem anderen Mitglied meiner Bühne, dem Schauspieler Heltens, dessen Ankleider erkrankt ist, behilflich zu sein.“

„Ist es erwiesen, daß Bobrow wirklich diesen Schauspieler angezogen hat? Herr Kommissär Juschkewitsch, notieren Sie, bitte, für morgen vormittag, zur Einvernahme den Schauspieler Heltens, ferner ist der Ankleider Bobrow zu zitieren...“

„Wenn der Herr Präsekt erlauben wollte...“ röchelte Herr van Huls, der, noch immer krebrot im Gesicht, mühsam von seinem Sitz sich erhob.

„Ich bitte, sich noch einen Augenblick zu gebuden. Gleich werden wir so weit sein... und immer eines hübsch nach dem anderen...“

(Fortsetzung folgt.)

# Killinger weiß von nichts.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Der Killinger-Prozess in Offenburg wird durch ganz besondere Sicherheitsvorkehrungen gegen einen Versuch zur Entführung des Angeklagten geschützt. Es haben sich, wie die „Wölkische Zeitung“ berichtet, Anzeichen für solche Pläne ergeben; der gemeine Offiziersdiener („Bursche“) des Killinger hat mit einem Unbekannten sich wochenlang in Offenburg und Oppenau aufgehalten, aus welcher Kasse das Geld dazu stammte, ist nicht ermittelt. Einmal hat er ausgeplaudert, daß ein Deutsch-Engländer 74 000 M. auf die Bekleidung Killingers gesetzt habe, doch soll das nach seiner späteren Angabe nur Suffronommierteil gewesen sein.

Unter den 87 geladenen Zeugen befinden sich die Frau Erzbergers, der Reichstagsabgeordnete Diez und der Bruder des flüchtigen Tilleffsen. Als Beweismittel liegen dem Gericht vor: die Schußbede Erzbergers, die zwei Schüsse aufweist, die durchgeschossene Joppe des Toten, Patronen, Kugeln und weitere Fundstücke vom Tatort.

Kurz vor 9 Uhr wird der Angeklagte von zwei Gendarmen in den Saal geführt. Die Bedeckung nimmt hinter Killinger auf der Anklagebank Platz. Zunächst gibt der Vorsitzende folgende Erklärung ab:

Der Prozess, den wir hier verhandeln, hat einen politischen Beigeschmack. Der verstorbene Reichstagsabgeordnete Erzberger war eine Persönlichkeit, die im öffentlichen Leben stand und als solche teils Anerkennung, teils Widerspruch erfuhr. Wir alle, die wir politisch denken, haben wohl zu Erzberger eine bestimmte Stellung eingenommen, und bei Begehung der Tat auch darüber nachgedacht, ob die öffentliche Meinung dadurch günstig oder ungünstig beeinflusst werden würde. Solche Erwägungen müssen wir hier zurückstellen. Wir haben hier zu prüfen, ob Schulz und Tilleffsen Erzberger ermordet haben oder nicht, und ob Killinger Beihilfe geleistet hat. Diese Frage hat mit politischer Bestimmung nichts zu tun. Wir haben lediglich die Wahrheit zu suchen. Wir wollen uns hüten, während der Verhandlung eine voreilige Meinung über die Schuld des Angeklagten zu fassen oder voreilige Meinungsäußerungen zu hören, geschweige denn auf Einflüsterungen, die uns für oder gegen den Angeklagten einnehmen sollen. Ob der Angeklagte schuldig ist oder nicht, können wir erst am Ende der Verhandlung feststellen. Deshalb empfehle ich volle Zurückhaltung in der Sache.

Hierauf wird in die

## Vernehmung des Angeklagten

eingetreten, der zunächst eine ausführliche Schilderung seines Lebenslaufes gibt. Killinger ist Berufsoffizier der Marine gewesen; er betont, daß er mit Schulz und Tilleffsen nie freundschaftlichen Verkehr gepflogen habe. Nach der Rückkehr von Scapa-Flow gesteht er ihm in der Marine nicht mehr, er trat der Ehrhardt-Brigade bei und wirkte eifrig bei der Niederämpfung der Räteregierung in Braunschweig mit, nahm am Kapp-Putsch teil und kam danach wieder in die Marine der Republik. Er war dann in Oberschlesien, in Berlin und anderen Orten bei der Niedersetzung von Streiks und Unruhen tätig. Im Herbst 1919 trat Schulz in seine Gruppe ein. Tilleffsen will der Angeklagte erst später kennengelernt haben.

## Die Geheimorganisation C

äußert sich v. Killinger: Die Organisation C ist entstanden aus den Zeitfreiwilligen-Organisationen. Sie umfaßte etwa 400-500 Mitglieder. Ihr Zweck war, gegen unbedeutende kommunistische Streiks aufzutreten. An der Spitze stand Kapitänleutnant Ehrhardt, der sich flüchtig im Auslande aufhält. Die Organisation zerfiel in vier Abteilungen: Abteilung A allgemeine und Nachrichtendienst, Abteilung B militärische Aufgaben, militärischen Anknüpfungen mit anderen Truppen und Versorgung der Truppe mit Nachrichtenmaterial, Abteilung C politische oder Presseabteilung, Abteilung Z allgemeine Verwaltung, besonders Kassengeschäfte. Die gesamte Organisation nannte sich eine G-Organisation, was, wie Killinger mitteilte, Geheimorganisation bedeutet. Mitglied konnte nur werden, wer drei Bürgen beibrachte, die bestätigten, daß der Betreffende einwandfreier Deutscher ist. Jedes Mitglied mußte sich zu unbedingtem Gehorsam verpflichten. Paragraph 7 des Statuts bestimmte, daß Juden und jeder Fremdkörper ausgeschlossen sind. Die Mitgliedschaft wurde als beendet betrachtet, wenn der Betreffende die Gehorsamspflicht verlor. Weiter bestimmt das Statut:

## „Verleitet verfallen der Feind.“

Der Angeklagte sagt, daß hier Verleitet an der Organisation gemeint seien, nicht solche Leute, die von der Organisation als Verleitet des Vaterlandes bezeichnet würden. — Killinger hatte 2000 M. Monatsgehalt, Schulz 1200 M. und Tilleffsen 1700 M. Der Angeklagte gesteht, daß in den Kreisen der Organisation über Erzberger gesprochen worden ist. Er selbst hält die gegen den Ermordeten erhobenen Vorwürfe wegen der Unterzeichnung des Waffenstillstandes für unberechtigt, weil nichts anderes übrig geblieben sei als zu unterzeichnen, nachdem der Infanterist sein Gewehr weggeworfen und der Kanonier seine Kanone verlassen hatte. Dagegen wirkt auch Killinger Erzberger vor, für die Unterzeichnung der Bestimmungen von Versailles eingetreten zu sein. Von gewalttätiger Beseitigung Erzbergers will er nichts gehört haben, ebensowenig, obwohl er in der Leitung der Geheimorganisation tätig war, von welchen Personen die Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Bekannt ist ihm aber, daß die Kasse der

## Industrie und Landwirtschaft an der Geheimorganisation ein großes Interesse

hatten, weil sie sich zum Kampf gegen wilde Streiks zur Verfügung stellten.

Anfangs August 1921 sind Schulz und Tilleffsen nach den weiteren Äußerungen des Angeklagten von München abgereist. Killinger genehmigte einen mehrwöchigen Erholungsurlaub, wiewohl doch nicht, ob 3 oder 4 Wochen. Während der Urlaubszeit hat Killinger von den beiden keine Post erhalten, während andere Bekannte von ihnen Karten bekamen. Der Angeklagte begründet dies damit, daß er nicht so freundschaftlich mit beiden verkehrt habe. Erst am 28. August fand Killinger in seiner Wohnung einen von Tilleffsen geschriebenen Zettel vor, in dem er aufgefordert wurde, in den Englischen Garten zu kommen. Dort habe eine ungezwungene Zusammenkunft stattgefunden, wobei sich das Gespräch hauptsächlich auf die Organisation konzentrierte. Von dem Morde an Erzberger ist angeblich nur nebenbei gesprochen worden. Am Vormittag des 29. August (Montag) waren Schulz und Tilleffsen wieder in Killingers Bureau. Als er mittags nach Hause kam, fand er zwei Handkoffer vor seiner Wohnung. Obwohl er von ihnen nichts gewußt habe, stellte er die beiden Bedienten unter seinen Schreibtisch. Die Wirtin habe ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck gegeben, daß das Unterstellen solcher Kofferstaschen öfter vorkam. Schulz und Tilleffsen sprachen noch am gleichen Tage in dem Bureau Killingers vor, um ihn von der Abgabe der Koffer bei seiner Wirtin Mitteilung zu machen, weil sie beabsichtigten, noch einige Tage ins Gebirge zu fahren. Der Angeklagte begründet diese persönliche

## Eine betrügerische Ausbeutung der Wohnungsnot lag einer Anklage wegen Betruges in mehreren Fällen zugrunde, die gestern die 10. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte.

Der Angeklagte, Werkzeugdreher Scharnowski hatte unter Ausnutzung der Wohnungsnot wohnungsuchender Personen auf folgende Weise längere Zeit hindurch sich die Taschen zu füllen vermocht. Er schrieb an Wohnungsuchende, die inseriert hatten, daß er infolge seiner „Beziehungen zu den Wohnungsinspektionen in der Lage sei, gegen eine gewisse Bezahlung eine Wohnung zu verschaffen. Charakteristisch für die ungeheure Bedrängnis,

Unterrichtung damit, daß er allgemeine Anweisung gegeben hätte, Sachen der Organisation nicht allein in unbenutzten Privatwohnungen zu lassen. Am darauffolgenden Dienstag seien Schulz und Tilleffsen abermals zu Killinger gekommen, um ihm die Aenderung ihrer Absicht mitzuteilen. Sie baten um acht Tage Urlaub nach Lindau am Bodensee. Den genauen Zeitpunkt der Abreise weiß der Angeklagte nicht. Ebensovien sei ihm bekannt, wo das Gepäc war, ehe es in seine Wohnung gebracht wurde. Am 9. September reiste dann Tilleffsen ab. Die Koffer waren bereits gepackt und in das von Killinger herbeigekaufte Auto gebracht. Bei diesem Zusammentreffen hat Schulz von seiner Reise nichts erzählt. Auch von Tilleffsen wurde nicht gesprochen. Nach der Behauptung des Angeklagten hat er scherzhaft zu Schulz wegen dessen Narbe am Ohr gesagt:

„Du bist ja so gezeichnet wie der, den sie suchen wegen des Mordes an Erzberger.“

Den Gedanken, daß Schulz und Tilleffsen die Mörder sein könnten, habe er nicht gehabt, obwohl er auch die Narbe konnte. Eine Freundin der beiden des Mordes Verdächtigen, Fräulein Paula Osterun-Spanbau, hielt sich Ende August im Gebirge auf und sandte ein Telegramm an die beiden, das am 1. September 11 Uhr 15 Minuten nachts in München eintraf. Schulz und Tilleffsen sandten bereits um 12.15 Uhr ein Telegramm zurück mit folgendem Text: „Können nicht an Bahn kommen, weil beide heute abreisen.“

Auf Antrag des Staatsanwalts werden dann Münchener Wähler verlesen, die am 1. September erschienen sind und Mitteilungen darüber enthalten, daß man Spuren der Mörder entdeckt habe. Ferner wird der Brief Schulz' und Tilleffsens vom 3. Oktober 1921 an die Staatsanwaltschaft verlesen, in dem sie es so darstellen, als ob sie lediglich verpflichtet wären, die Spuren des tatsächlichen Mörders zu verdecken. Der Angeklagte gibt zu, daß die Organisation C in München sich „Bayerische Holzverwertungsgesellschaft“ genannt habe.

Es ergibt sich in der Verhandlung, daß der Zweck der Geheimorganisation die Bekämpfung der Weimarer Verfassung war. Schulz hat am 9. September 1921 dem Angeklagten mitgeteilt, daß er aus der Kontrolle der Organisation austraten wolle, da ihm in Lindau eine lohnende Stellung beschafft worden sei. Er wolle gleich weiterreisen, Killinger möge ihm beim Transport des Gepäcks zum Bahnhof behilflich sein. Als der Angeklagte in Schulz' Wohnung eintraf, waren die Koffer bereits gepackt.

Am Nachmittag verließ der Vorsitzende einen Brief Schulz' an seine Mutter mit der Aufforderung, seine und Tilleffsens Koffer an Killinger zu senden, auch seine Post; er werde ihr Geld senden und ihr auch weiterhin mehr finanzielle Unterstützung leisten, er stehe sich sehr gut. Da augenblicklich Landtagswahlen seien, solle sie deutschlandweit wählen. Er verstehe sich auf die Politik, und sie könne ihm vertrauen.

Die Deutschnationalen seien die richtige Partei.

während die Demokraten die Judenpartei seien. Zum Schluß bittet Schulz sein Mutter, Briefe an Killinger nicht mit seinem Namen „Schulz“ zu versehen. — Angekl. Killinger erklärt, er wisse nichts von der Sache.

## Zeugenvernehmung.

Zeuge Reichstagsabg. Diez gibt eine Darstellung der Vorgänge, angefangen von dem Zusammentreffen mit Erzberger bis zu der blutigen Tat. Er sei am Tage vor dem Morde in Griesbach eingetroffen. Am Morgen des Mordtages habe er einen Spaziergang mit Erzberger gemacht. Auf diesem Wege seien ihnen zwei junge Leute begegnet, an denen sie teilnahmslos vorübergingen. Ihr Weg habe sie bis zum Granddader Häute geführt, wo sie die Aussicht genossen. Die zwei jungen Leute seien ihnen dann aus dem Gesicht gekommen. Sie hätten aber sehr bald die Ueberzeugung gehabt, daß die beiden wieder hinter ihnen seien. Jedoch habe er geglaubt, daß sie in der gleichen Richtung auf die gleiche Stelle gekommen seien wie sie selbst. Ich machte plötzlich die Wahrnehmung, daß die beiden nach Erzbergers Stirn Renolverläufe richteten und schossen. Sie haben beide von vorn geschossen. Dieser Moment hat gewisse Einzelheiten der Erinnerung in mir gelöscht. Wir beide hatten Regenschirme bei uns. Ich erinnere mich, daß ich mit meinem Regenschirm dreinschlug und dabei einen Schuh abbekam. Dann bin ich zu Boden gesunken. Ich habe dann noch weiter Schüsse gehört, hatte aber das Gefühl, daß es weiter entfernt war. Wie lange ich am Boden gelegen habe, weiß ich nicht. Nach einiger Zeit konnte ich aufstehen. Das erste, was ich sah, war eine große Blutspur, die bis an die Wohnung führte. Als ich dort hinging, sah ich tief unten am Abhang Erzberger liegen. Ich ging einen kleinen Fußpfad hinunter zu ihm und sah, daß er tot war. An der Wunde wurde ich von einem Gefühl der Angst überfallen. Ich suchte nach Menschen, um Hilfe zu holen. Unterwegs begegnete ich einer Dame, unterrichtete sie und bat sie, mich zu begleiten. Im Kurbaue ging ich sofort zum Vater Soeba. Er schickte dann gleich die Schwester, welche Frau Erzberger von dem Fall unterrichtete. Die Angel durchdrang die Lunge und sitzt mir noch im Körper. Ich habe sechs Wochen gelegen. — Auf eine Frage des Staatsanwalts erklärt der Zeuge, daß er die Täter noch gesehen habe, als er bei der Leiche stand. Die Täter hätten auf ihn herabgeschossen und seine Angst erhöht.

Der Vorsitzende unterrichtet dann an der Hand von Karten-Plänen die Geschworenen über die Situation und die Morfstelle. — Vert.: Können Sie sich erinnern, ob die beiden Ueberzieher anhalten? — Zeuge Diez: Mit Bestimmtheit kann ich das nicht sagen.

Zeuge Landwirt Otto Tautner-Griesbach sagt aus, daß er mit dem Dienstknecht Huber im Walde Holz holte und dabei Schüsse hörte. Sie waren der Annahme, daß gewildert wurde. Als ich auf die Höhe ging, hörte ich ein Geräusch, als wenn Heu durchs Gefäß sprang. Als wir nach zwei Minuten auf die Strohe kamen, sahen wir Blut und am Abhange einen Menschen liegen, von dem wir erst annahmen, daß er schlief. Bei näherem Zusehen bemerkten wir, daß er tot war, und glaubten, daß es sich um Selbstmord oder Raubmord handele. Wir sind dann fortgegangen, um Hilfe zu holen. Unterwegs trafen wir zwei Arbeiter, die bereits von dem Morde wußten. — Zeuge Dienstknecht Michael Huber aus Bietersthal macht Aussagen, die sich im wesentlichen mit diesen Angaben decken.

Zeuge Rechtsanwalt Dr. Eiermann berichtet über den Augenschein. — Sachverständiger Bezirksarzt Dr. Sartorius-Oberkirch berichtet ausführlich über den Befund der Section. Erzberger sei aufstehend und genährt, allerdings sehr krank gewesen, so daß er bereits Todeslandtat in dem Augenblick war, als er ermordet wurde. Erzbergers Schädel wurde durch zwei Schüsse vollkommen zertrümmert. Außerdem trafen ihn Schüsse in den Unterleib, einer durch die Lunge und zwei Streifschüsse. Insgesamt sind acht Schüsse abgegeben worden. So kommt der Sachverständige zu dem Urteil, daß Erzberger eines unnatürlichen Todes gestorben ist.

Nach kurzer unerheblicher Vernehmung eines Polizeibeamten wird die Verhandlung auf Donnerstag vormittag 9 Uhr verlegt.

In der sich die Wohnungsuchenden befinden, war die Tatsache, daß jeder einzelne sich sofort mit dem Angeklagten in Verbindung setzte und ohne jede Bedenken Beträge bis zu 3000 M. zahlte. — Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis. Die Strafkammer ermäßigte aber, da sich ergab, daß die treibende Kraft ein gewisser Peterfen war, das Urteil auf 9 Monate Gefängnis und billigte dem Angeklagten auch Strafauflage zu, wenn er zur Wiedergutmachung des Schadens binnen einer bestimmten Frist eine vom Bericht noch festzusetzende Buße bezahlte.

demonstrieren, daß die Pistole nicht geladen war. Tatsächlich war die Pistole scharf geladen, die im Lauf stehende Patrone war ein sogenannter Verfolger. Als dann aber F. im Scherz auf den Arbeiter Otto Roloff anlegte und zum soundso-nientmal abdrückte, trugte der Schuh, und R. sank, ins Herz getroffen, tot zu Boden. — Vor Gericht machte Rechts-anwalt Alfred Grün als strafmildernd geltend, daß die Fahrlässigkeit des Angeklagten durch ein eigenartiges Spiel des Zufalls zu einer nicht besonders schweren geworden sei, da er der bestimmten Meinung sein konnte, daß die Waffe nicht geladen war. Das Gericht ließ auch Milde walten, indem es gleichzeitig schon als Fahrlässigkeit ansah, wenn jemand überhaupt eine Waffe auf einen anderen Menschen anlege, und erkannte auf 6 Monate Gefängnis.

## Der Zehnjährige als Detektiv.

Eine gefährliche Schwindlerin, die schon wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigte und seit geraumer Zeit wieder ihr Unwesen trieb, ist jetzt durch die Ausdauer eines zehnjährigen Berliner Jungen unschädlich gemacht worden. Eine 29 Jahre alte Elise Brud aus Pantow betrieb schon seit Jahren die Spezialität, Kinder, die von ihren Eltern zu Besorgungen ausgesandt wurden, an sich zu locken und ihnen das Geld, für das sie einkaufen sollten, oder zur Besorgung übergebene Sachen abzuschwindeln. Schon lange wurde sie wieder vergeblich gesucht. Ihren Eltern war sie, wie auch früher immer, wieder davongelaufen. Jetzt nahm sie wieder einem zehnjährigen Knaben für 30 000 M. Waren ab, die er im Auftrage seiner Mutter ausbringen sollte. Als der Junge merkte, daß er beschwindelt worden war, ging er nicht nur gleich zur Polizei, sondern machte sich sofort selbst auf den Weg, um die Verräterin zu ermitteln. Zwei Tage lang war er von früh morgens bis spät abends auf den Weiden. Gestern endlich belam er die Gesuchte auf der Straße zu Gesicht und ließ sie sofort festnehmen. Durch diese schnelle Festnahme ermöglichte er es auch noch der Kriminalpolizei, die dem Knaben abgeschwindelten Waren ausfindig zu machen und der Mutter zurückzugeben.

## Gefährdete Wälder.

Einer Auslosung des amtlichen Preussischen Pressedienstes entnehmen wir das Folgende:

„Die in letzter Zeit in der Tagespresse veröffentlichten Proteste gegen die Abholzungen in der Umgegend von Berlin und die damit häufig verbundenen Angriffe gegen das Landwirtschaftsministerium und die Staatsforstverwaltung lassen erkennen, daß über die tatsächlichen Verhältnisse bezüglich der Waldwirtschaft und der Waldhaltung in der näheren Umgebung von Berlin vielfache Unklarheit besteht. Es scheint vor allem noch nicht ausreichend bekannt zu sein, daß der weitaus größte Teil des im Umkreis von etwa 20 bis 25 Kilometer um Berlin liegenden Waldes im Jahre 1914 dem damaligen Zweckverband Berlin (jetzt Groß-Berlin) mit der Bestimmung verkauft worden ist, dieses große Waldgebiet — im ganzen rund 40 000 Morgen — dauernd als Wald zu bewirtschaften und zu erhalten.“

Der Staatsforstverwaltung sind seitherzeit nur am Rande dieses sogenannten Dauerwaldgebietes kleine Abspalte verblieben, die, soweit es etwa erforderlich werden sollte, ausschließlich der baulichen Erschließung dienen sollten. Von diesen Restflächen sind nun etwa 2500 Morgen nach längeren Verhandlungen in den Jahren 1919/20 dem Wohnungsverband Groß-Berlin bzw. den gemeinnützigen Wohnungsfürsorgegesellschaften Märktische Heimstätte und Niederbarnim für Kleinwohnungen in günstiger Verlehrsage zu einem sehr billigen Preise verkauft worden, um die Kleinwohnungen zu fördern. In den Vertrag wurde auf wiederholtes dringendes Bitten der Wohnungsfürsorgegesellschaften entgegen den schweren Bedenken der Forstverwaltung die Bestimmung aufgenommen, daß den Gesellschaften ein Kaufrecht auf das aufstehende Holz zu den damaligen Preisen bis zum 31. März 1922 eingeräumt werden solle. Dieses Verlangen wurde von den Gesellschaften vor allem damit begründet, daß der größte Teil des Holzes sofort für die Bestellungen zweckentsprechend verwendet und so eine erhebliche Vereinfachung und Verbilligung des Wohnungsfürsorgeunternehmens erzielt werden könne, im übrigen müsse auch ein Teil des Holzes wenigstens zunächst in den Gärten, an den Straßen, Plätzen usw. stehen bleiben. Die Rathschläge im Norden Berlins, über die in letzter Zeit mehrfach in den Zeitungen geschrieben worden ist, sind von einer Wohnungsfürsorgegesellschaft ausgeführt worden auf Flächen, die ihrerseits verkauft sind und auf die die Staatsforstverwaltung einen Einfluß nicht mehr auszuüben vermag. Von einer völligen Waldvernichtung im Norden Berlins, wie hin und wieder geschrieben wurde, kann nicht die Rede sein. Es handelt sich um verhältnismäßig kleine Randstreifen, die zur allmählichen Erschließung und Bebauung vorgesehen waren.“

Diese und ähnliche amtliche Erklärungen fügen der Berliner Bevölkerung nichts sonderlich Neues. Die Bevölkerung weiß selber ganz gut, daß Groß-Berlin über einen Dauerwald verfügt; sie weiß aber eben so gut, wie man im Laufe der Jahre den Grunewald „abgeknabbert“ hat, wie zwischen Treptow und Grunau der Wald vollkommen verschwunden ist, wie die Wuhleide immer kleiner wird. Und vor jetzt nach dem Norden Berlins geht und sich die abgehholzten „Abspalte“ bei Tegel und die niedergelegenen „verhältnismäßig schmalen Randstreifen“ bei Hermsdorf und Frohnau anfühlt, der wird uns zustimmen, wenn wir sagen, daß trotz aller amtlichen Erklärungen die schärfste Aufmerksamkeit der Bevölkerung auch weiterhin dringender erforderlich ist. 80-100jährige Brauchbäume, die man niedergelegt hat, werden durch keine Erklärung lebendig.

## Die Mietsteigerung ab 1. Oktober.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats teilt folgendes mit: Nach § 1 des Reichsmietengesetzes, das am 1. Juli d. Js. in Kraft tritt, kann sowohl der Vermieter wie der Mieter eines Gebäudes oder Gebäudeteiles jederzeit dem anderen Vertragspartner gegenüber erklären, daß die Höhe des Mietzinses nach den Vorschriften dieses Gesetzes berechnet werden soll. Die Erklärung, die schriftlich erfolgen muß, hat die Wirkung, daß die sogenannte „gesetzliche Miete“ von dem ersten Termin ab, für den die Kündigung nach § 565 BGB. zulässig sein würde, an die Stelle des vereinbarten Mietzinses tritt. Nach § 565 BGB. ist die Wirksamkeit der Kündigung von dem Zeitraum abhängig, nach dem der Mietzins bemessen ist. Ist der Mietzins nach Tagen bemessen, so ist die Kündigung an jedem Tage für den folgenden Tag zulässig. Ist der Mietzins nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig; sie hat spätestens am ersten Werktage der Woche zu erfolgen, ist der Mietzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonates zulässig, und zwar muß sie spätestens am 15. d. Mts. erfolgen. In allen übrigen Fällen ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonates zulässig. Die Kündigung ist für den nächsten Termin ab, für den die Kündigung zulässig sein würde, — in den meisten Fällen also vom 1. August bzw. 1. Oktober 1922 ab — die „gesetzliche Miete“ in Wirksamkeit treten zu lassen. Trotz dieser durch das Reichsmietengesetz vom 30. Juni 1922 geschaffenen neuen Rechtslage hat der 1. Vorsitzende des Mietenausschusses mit Rücksicht auf die große Anzahl der vorliegenden Anträge, durch einstweilige Anordnung des zuständigen Vorsitzenden, die bei einer Kündigungsfrist von wenigstens 3 Monaten die Zustimmung zur Kündigung zwecks Mietsteigerung zum 1. Oktober 1922 beantragt haben, die Zustimmung durch Bekanntmachung im Gemeindeblatt vom 11. d. Mts. erteilt.

### Gemeingefährliche Unterrichtskurse. Arthur Keil als Erzieher.

Ein bemerkenswertes Beispiel für die geschäftsmäßige Ausnutzung der Sensations- und Abenteuerlust jugendlicher unerfahrener Personen bietet das Detektivbureau des jenseits des Rheins bekannten Herrn Arthur Keil, Berlin N. Adlerstr. 1. A ist bekanntlich der Herausgeber der „Neuesten Nachrichten“ und der „Berliner Großstadt-Bilder“. In diesen empfiehlt er sein Detektivbureau und wirbt um Schüler und Schülerinnen für Unterrichtskurse. Die heftigsten Ermittlungen haben ergeben, daß A zahlreiche Vorstrafen wegen Betrugs, Erpressung, Stuppel usw. zu verzeichnen hat. Inzwischen sind noch weitere sieben Verfahren gegen ihn wegen Erpressung. Es ist hinreichender Verdacht vorhanden, daß A von Zeit zu Zeit junge Leute auf diesem Wege an sich gezogen hat, um sie für seine Zwecke zu benutzen. Das Provinzial-Schulinspektorium hat daher in seiner Eigenschaft als Schulaufsichtsbehörde bereits vor längerer Zeit die Abhaltung dieser Unterrichtskurse verboten. Die hiergegen von A eingeleitete Beschwerde hat, wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, der Minister für Handel und Gewerbe nunmehr endgültig abgewiesen. Im Hinblick auf die große sittliche Gefährdung der Jugendlichen erwidert darüber hinaus eine Auffklärung der Öffentlichkeit über den Charakter dieses Unternehmens erforderlich.

Die Vollmischkarten für Monat Juli werden von den Kontrollkommissionen der Verwaltungsbezirke Witte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshagen und Kreuzberg für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre von Montag, den 12. bis Mittwoch, den 14. Juni, für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre von Donnerstag, den 15. bis Sonnabend, den 17. Juni veranlagt. Außerdem werden A-Karten (für werdende Mütter) bei Anmeldung der Schwangerschaft für drei Monate (d. h. für den 7., 8. und 9. Monat der Schwangerschaft) ausgegeben. Die Mischkarten müssen spätestens bis zum Montag, den 20. Juni in den Milchgeschäften und Kaufhäusern zur Anmeldung gebracht werden.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Festkonzerte. Die Aufgabe der Reichungsbildung ist erfüllt. Mitten liegen aus bei allen Abteilungs- und Bildungsausschüssen über die Stelle und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Treppen, Zimmer 8. — Verlesung von Kunstblättern. Sitzung am 1. Juni 1922. 7.30 bis 8.30 Uhr bei allen Abteilungs- und Bildungsausschüssen der Bezirke und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses. Die noch fehlenden Fragebogen sind sofort einzusenden.

Deutsche Friedensgesellschaft. Freitag, den 9. Juni, abends 7 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses, Vorträge an die Generalversammlung.

Stapelbau der „Weber“ und Eröffnung des Ostasiendienstes. Auf der Werft H. C. Weber in Bremen ging am Mittwoch nachmittags in Gegenwart Tausender von Zuschauern der Stapelbau des für den Norddeutschen Lloyd erbauten 1000-Tonnen-Personen- und Frachtdampfers „Weber“ vor sich. Die Laufe vollzog der frühere Direktor des Norddeutschen Lloyd's Kapitän. Der für etwa 100 Passagiere und für Beförderung großer Frachtmengen eingerichtete Dampfer wird am 11. November in den Ostasiendienst eingestellt. Damit wird der Passagierdienst des Norddeutschen Lloyd nach den Häfen des fernen Ostens wieder eröffnet.

### Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft rego. Fische reichlich, Geschäft flau. Obst und Gemüse schwach. Geschäft ziemlich flau.

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:  
Rindfleisch 40-53 M., ohne Knochen 54-60 M. Schweinefleisch 45-62 M. Kalbfleisch 28-50 M. Hammelfleisch 35-45 M. Schaffisch 10-12,50 M. Kabeljau 3-12 M. Ritzungen 10-15 M. In Erd: Schale 19-25 M. Hechte 27-30 M. Aale 35-45 M. Leinwand Bartha 20-22 M. Karotten 35-38 M. Beile 15-25 M. Naturbutter 60-70 M. Margarine 32-44 M. Eier 4,75-5,10 M. das Stück. Erbsen 8,50-13,50 M. Weizen 8,50-12 M. Weizenmehl 11-12,50 M. Graupen 10 M. Backobst: Aprikosen 60 M. Äpfel 60 M. Birnen 16-42 M. Pflaumen 20-24 M. Gemischtes 29-40 M. Blumenkohl 15-20 M. der Kopf. Spinat 2-5 M. Zwiebeln 10-12,50 M. Sellerie 8 M. Morcheln 20-25 M.

Internationale Bäckertagung in Leipzig. Anfang Juli wird in Leipzig vor Eröffnung der großen Weltausstellung eine internationale Tagung der Bäckmeister und Brotsfabrikanten aus Amerika, Skandinavien, Italien, der Schweiz und Deutschland stattfinden, auf der über Fragen, die das Gewerbe in Europa und den Berechtigten Staaten betreffen, verhandelt werden soll. Besonders die Getreideversorgung Europas und Deutschlands in den kommenden Jahren, die Frage der Zwangswirtschaft usw. werden ausführlich behandelt werden. Aus Amerika haben 600 deutsch-amerikanische Bäcker ihr Erscheinen zugesagt.

Bestrafter Schuhmacher. Das Schöffengericht in Wilhelmshaven verurteilte den Inhaber des dortigen Schuhgeschäfts Härtner wegen Preisdrückens in Schuhwaren zu einer Geldstrafe von 50 000 M. Der Amtsanwalt hatte 70 000 M. und einen Monat Gefängnis beantragt. Ein Teil der künstlich verteuerten Schuhe wurde beschlagnahmt.

Eröffnung von Jarengräbern durch die Bolschewiki. Der „Kurjer Worskawka“ meldet aus Moskau: Die Bolschewisten öffneten in der Kathedrale Kopen die Jarengräber und nahmen von der Brust des Jaren Paul den Wolkseiferorden. Im Sarge Alexanders I. fand man gar keine Leiche vor.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.  
Nächste Sitzung Sonnabend, den 10. Juni, abends 6 Uhr, im Sekretariat, Lindenstr. 3.

- 1. Kreis, Kreuzberg, Donnerstag, den 8. Juni, 8 Uhr, pünktlich, bei Heim, Urbanstr. 20. Kreisbildungsausschusskonferenz.
- 12. Kreis, Wedding, den 8. Juni, 7 1/2 Uhr, Sitzung des Kreisvorstandes im Tempelhofer Dorfstr. 42. Alle Kreisvorstandesmitglieder müssen erscheinen.
- 2. Kreis, Tiergarten, Freitag, den 9. Juni, 6 1/2 Uhr, bei Trümper, Flensburger Str. 3. Vorbereitungsbesprechung der Abteilungsleiter. Die Zellungsausschüsse müssen unbedingt erscheinen.
- 3. Kreis, Wedding, Freitag, den 9. Juni, 5 Uhr, Besprechung der Stadt- und Bezirksvereine sowie der Bürgerdeputierten im Redigehelm, Schönhaider Str. 1, Zimmer 88.

- 6. Kreis, Kreuzberg, Freitag, den 9. Juni, 6 1/2 Uhr, Sitzung der Zellungsausschüsse bei Heim, Urbanstr. 20. — Freitag, den 9. Juni, 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreisvorstandesbesprechung bei Heim, Urbanstr. 20.
- 8. Kreis, Spandau, Freitag, den 9. Juni, 7 Uhr, Funktionärsvorstellung im Ratshaus der neuen Vorhänge (Schuhhof Weg). Thema: „Das Reichsmietengesetz“. Ref. Gen. Winter.
- 17. Kreis, Kreuzberg, Freitag, den 9. Juni, 7 Uhr, Sitzung über neuwählbare Kandidaten von den Schulen, an denen nicht gewählt worden ist, im Sitzungssaal des Rathauses, Wittenbergstr. 10.

### Heute, Donnerstag, den 8. Juni:

- 11. Abt. 7 1/2 Uhr bei Berger, wichtige Funktionärskonferenz.
- 23. Abt. Kreuzberg, 7 1/2 Uhr im Ref. „Gumbiner“, Kaiser-Friedrich-Str. 10. Abt. Kreuzberg, 7 1/2 Uhr im Ref. „Gumbiner“, Kaiser-Friedrich-Str. 10. Abt. Kreuzberg, 7 1/2 Uhr im Ref. „Gumbiner“, Kaiser-Friedrich-Str. 10. Abt. Kreuzberg, 7 1/2 Uhr im Ref. „Gumbiner“, Kaiser-Friedrich-Str. 10.

### Morgen, Freitag, den 9. Juni:

- 5. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsvereinsleiter bei Dehler, Geopelstraße 36. Wichtige Tagesordnung.
- 3. Abt. 7 1/2 Uhr wichtige Sitzung der Parteifunktionäre, Betriebsvereinsleiter sowie aller Funktionäre und Funktionärinnen im Ref. Krüger, Engelstr. 23.
- 22. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre und der gewählten Elternräte bei der Sch. Alt-Straße 44. — Ebenfalls müssen die Funktionärinnen bei den Funktionären abgerechnet werden. Nicht abgerechnet gelten als verabschiedet und müssen beschuldigt werden.
- 27. Abt. 7 1/2 Uhr bei Pfeiffer, Dönhofsplatz. 2. Sitzung des Abteilungsverbandes mit den Betriebsleitern und sämtlichen Funktionären.
- 79. Abt. Kreuzberg, pünktlich 7 1/2 Uhr Ref. Welfen, Köpenickerberg, Ecke Solonnenstraße, erweiterte Vorbereitungsbesprechung, wichtige Tagesordnung.
- 65. Abt. Kreuzberg, 7 1/2 Uhr bei Welt, Kelling, Ecke Kellingstraße, Funktionärskonferenz mit den Betriebsvereinsleitern. Wichtige Tagesordnung.
- 1. Der bevorstehende Parteitag, 2. Abrechnung.
- 14. Abt. Kreuzberg, 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Schwarzer, Sobel-Weg-Str. 17.

12. Verwaltungsbereich (Steglitz, Kottbus, Köpenick). Erbeitsgemeinschaft der sozialistischen Elternräte der Volks-, Mittel- und höheren Schulen sowie der sozialistischen Lehrer und Lehrkräfte in den Schuldeputationen. Abends 8 Uhr im Klassenraum der Oberschule Steglitz, Hiltens-Str. 4. Alle sozialistischen und kommunistischen Elternräte müssen erscheinen, auch die niedrigeren Kandidaten.

Elternbeiträge der höheren Schulen im Norden Berlins. Freitag, den 9. Juni, 7 1/2 Uhr, Schönhofstr. 106a, Besprechung der sozialistischen Eltern. Vortrag über: „Die höhere Schule im Volkstaat“. Ref. Dr. Lehmann.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bund sozialistischer Sozialisten Deutschlands. Ortsgruppe Berlin. Freitag, den 9. Juni, Generalversammlung, Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Sitzung zur Sache. Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.

Arbeiter-Verein Berlin. Oberbürgermeister. Am 25. Juni 1922, 10 Uhr, im Ref. Welfen, Köpenickerberg, 1. Sitzung des Arbeiter-Vereins. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Arbeiter-Vereins. 2. Bericht über die Tätigkeit des Arbeiter-Vereins. 3. Bericht über die Tätigkeit des Arbeiter-Vereins. 4. Bericht über die Tätigkeit des Arbeiter-Vereins.

Wetter bis Freitag mittag. Ein wenig kühl, überwiegend bewölkt, mit mehrfachen Regenschauern.

**Theater, Lichtspiele usw.**

- Opernhaus** - Versiegelt. Zauber-geiger. Sibowellen. 7 1/2 Uhr
- Volksbühne** - Theater a. H. 1000. 7 1/2 Uhr: Die Ratten
- Schauspielhaus** - Die Journalisten. 7 1/2 Uhr
- Deutsches Theater** - 7 Uhr: Potasch u. Perlmutter
- Kammerspiele** - 8 1/2 Uhr: Vatermord
- Gr. Schauspielh.** - (Karlsruhe) 7 1/2 Uhr: Die versunkene Glocke
- Komödienhaus** - „Gretchen“ Gibber, Roberts.
- Berliner Th.** - 7 30 Madame Fillet
- Central-Theater** - U. Madels v. Davos
- Deutsch Opernhaus** - 7 1/2 Uhr: Oberon
- Intimes Theater** - 8 Uhr: Die Peitsche und? — Lauf doch nicht immer nackt herum
- Lustspielhaus** - 8 Uhr: Der Werwolf
- Metropol-Theater** - 7 1/2 Uhr: Bajadere
- Neues Operett.-Th.** - 8 Uhr: Casanova's Sohn
- Neues Th. am Zoo** - 8 Uhr: Scampolo
- Schliff-Th. Charl.** - 8 Uhr: Charleys Tante
- Thalia-Theater** - 7 1/2 Uhr: Die Herren von und zu ...
- Th. a. Hollendorpl** - 7 1/2 Uhr: Verliebte Leute
- Theater d. Westens** - 8 Uhr: Elga
- Wallner-Theater** - 7 1/2 Uhr: Die beiden Nachtigallen
- Walhalla-Theater** - 8 Uhr: Das Gasthaus zur Liebe
- Theater des Ostens** (Rose-Theater) Auf d. Garten. 3 U. 1/2

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Heute  
Donnerstag, den 8. Juni 1922:  
**Elite-Tag**  
Konzert  
Varieté - Vorstellung

**Großes Riesen-Brill.-Feuerwerk**  
vom Pyrotechniker Albert Niemand

Einlaß 3 Uhr. Anfang 5 Uhr.

**Zelt I.**  
Rennen zu Grunewald  
Donnerstag, den 8. Juni  
nachm. 3 Uhr

**Gold- u. Silber-Brillanten etc.**  
zählt die höchsten Tagespreise  
**Juwelen-Einkaufsgesellschaft**  
Kopenfeld & Co.  
Berlin Antwerpen  
**Beuthstraße 12 (Spittelmarkt)**

**Spezial-Arzt** Dr. Scotti, Haut- u. Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Salvarsan-Kur ohne Quecksilber. Veralt. Hautleiden, Schwäche, Gicht, Erfolg. Blutuntersuchung, im Altst. Löser-Institut.  
Dir.: Löser senior. Sonnt. 9-1  
Rosenthaler Str. 69/70, 2. u. 3. Damenz. separ.

**Residenz-Th.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Eine Frau ohne Bedeutung**  
Arnold Korff, Adele Sandrock

**Reichshallen-Th.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Stettiner Sänger**  
Dünhoff-Breit

**Trianon-Th.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Moral**  
Berg, Limburg, Junkermann, Schroth

**Wingarten**  
Varieté-Spielplan  
Rauch gestaltet

**Komische**  
7 1/2 Oper 7 1/2  
**Der Meister vom Montmartre**  
Offenbachs Liebeslied

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9  
Täglich:  
**Die Prinzessin v. Mil**  
Operette in 3 Akten  
sowie Spezialitäten  
Beginn 8 Uhr.

**Casino-Theater**  
Lützowstr. 11. 10. 7 1/2  
Schluß am 12. Juni:  
**Der Helle aus Afrika**  
Vorher Letzte Rose  
Wiederoeffnung  
11. August.

**Theater a. Nollb. Tor**  
Reith. 15 877  
Alte 7 1/2  
**Elite-Sänger**  
Was sich e. Wald anhört — e. Wald

**LEOTROTZKI**  
Zwischen  
**Imperialismus**  
u. **Revolution**  
Die Grundfragen der Revolution  
an dem Einzelbeispiel Georgiens

Aus dem Inhalt: Mythen und Wirklichkeit / „Seltene Neutralität“ / Georgiens und Wrangel / Die georgische Grundfrage als politische Typus / Demokratie und Sozialismus / Das Recht der nationalen Selbstbestimmung und die proletarische Revolution. Preis geb. Mk. 45.— brosch. Mk. 35.— Orga. geb. Mk. 30.— brosch. Mk. 20.—

**VERLAG**  
**CARL HOYM NACHF.**  
**LOUIS CANNIBLY**  
**HAMBURG 8**

**SOVA**  
Tägl. 8 Uhr  
**Internat. Varieté**

Spez. Beh. **Ischias**  
Hilt. Ges. u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tag. bes. hierüb. unanst. Hellerfahr. best. u. Ref. inwärt. 104 v. 10-2 Jacoby

**Bez.-Verh. Berlin SPD**  
104. Platz 13. 10. (Hilf.-Schwaben)  
Unter Genosse **Walter Arndt**  
Geburts. 25. 19 an Schlaganfall verstorben.  
Das seine Hinterbl. Behaltung Freitag, nachm. 8 Uhr, auf d. Gemeindefriedhof in Wilmersdorf. Um rege Beteiligung bitten  
Der Abt. - Wort.

Am Sonntag, den 4. Juni, morg. 7 1/2 U. um 11 Uhr nach hiesigen Verboten, mein langjähriger Mann, Sohn u. Schwager, der Salzwitz **Walter Arndt**  
im noch nicht vollendeten 33. Lebensj. Dies bringt im tiefsten Schmerz, auch im Namen der Hinterbliebenen an Frau Julie Arndt geb. Wietzke u. e. Unvergesslich bleibe die Erinnerung an die Verdienste und Tugenden meines Mannes. Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 8 Uhr, auf dem Friedhof in Wilmersdorf statt.  
Die Hinterbliebenen

**Deutscher Metallarbeiterverband (Gew. Metall)**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Führung der Vorber **Albert Lewerenz**  
Geeststr. 19a, am 1. Juni gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 10. Juni, nachm. 7 1/2 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerickestraße, statt.  
Unter Führung der Schloffer **Gustav Hankel**  
Friedstr. 26, ist am 3. Juni gestorben. Die Beerdigung findet Sonntag, den 10. Juni, nachm. 7 1/2 Uhr, im Krematorium Wannsee, Gerickestraße, statt. Ihre Ihren Angehörigen! Rege Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Kunstspielplan u. Fußball**  
**VIRTUOLA**  
Fußbetrieb / Elektrisch  
beides vereinigt

ermöglichen gleichzeitig Wiedergabe der Musikstücke nach Auffassung des Künstlers und Selbstfinanzierung

**Römhildt A.-G.**, Leipziger Str. 119  
Möhlstr. 120, I. Stock

**Allen voran**  
beim Einkauf von  
**Brillanten • Platin**  
**Gold- u. Silber-Brach**  
Uran, Zahnabrisse, Ketten, Münzen  
die renommierte Firma  
**Juwelier H. Wiese**  
Artilleriestraße 30  
5. Min. v. Bahnhof Friedrichstr.  
u. Passauer Str. 12  
(Ecke Augsburger Straße)  
1 Min. v. Witznbergpl. — Bin. Zoo  
unmittelbar Nähe Kadewe  
handelsger. einget. Firma  
Telephon Norden 1030.  
Steinplatz 11803.  
Eigene Schmelze

**Ziehung 15. u. 16. Juni**  
**ungenheilstätten-Lotterie**  
3635 Gewinne im Gesamtw. von 20  
100 000  
50 000  
10 000  
Lose 3.60 M. Preis 2.50 Mark  
10 Lose sofort aus 36.— Mark  
**H. C. Kröger** Berlin W8  
Friedrichstr. 118-119  
an d. Leipziger Straße.

**Kleingärtner Siedler u. Pächter**  
erhalten in allen vor-  
kommenden Rechts-  
fragen zuverlässige  
Auskunft durch den  
Kommentar von  
**DR. ED. DAVID**  
**Die Siedlungs-  
gesetzgebung**  
einschließlich Heim-  
stättengesetz, Klein-  
garten- und Pacht-  
schutzordnung

**PREIS:**  
geb. 20 Mk., geb. 25 Mk.  
Buchhandl. Vorwärts  
Berlin SW 68, Lindenstr. 2

**SOEBEN ERSCHIEN:**  
**JOHN REED**  
**10 Tage, die die Welt erschütterten**  
**LENIN**  
sagt über diese packende Schilderung der Revolutionstage des Oktobers 1917: „Ich habe das Buch mit größtem Interesse und ungeleiteter Aufmerksamkeit gelesen und empfehle dieses Werk, das sich in Millionen von Exemplaren verbreitet und in alle Sprachen übersetzt wissen möchte; denn es gibt eine richtige und ungewöhnlich anregende Darstellung der Ereignisse, die für das Verständnis des Wesens der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats von erster Bedeutung sind ...“

243 Seiten **Preis:** broschiert Mk. 25.—, geb. Mk. 40.— **10 Abbildungen**  
für Organisationen: „ „ 22.— „ 30.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Organisationen der K. P. D. oder direkt durch den  
**Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cannibly, Hamburg 8**

